

Alfred Rosenberg

Das Partei-programm

Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP.

Das Parteiprogramm

Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP.

herausgegeben und erläutert von

Alfred Rosenberg

Und setztet ihr nicht das Leben ein,
Nie wird Euch das Leben gewonnen sein.
Schiller

Der Staatssozialismus paukt sich durch.
Bismarck



Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München

25. Auflage 971.–1070. Tausend 1943

J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München 2

Adolf Hitler
dem Führer der deutschen Freiheitsbewegung
gewidmet

Zum 101. bis 120. Tausend und 121. bis 150. Tausend

Der 14. September 1930 war keine übliche Reichstagswahl; das was sich an diesem Tage abspielte, war vielmehr ein Volksentscheid. Noch nie in der Geschichte aller Parlamentswahlen ist es vorgekommen, daß ein derartiges Bekenntnis für eine Partei abgelegt wurde, so daß diese, 1928 noch mit 12 Abgeordneten unter Fraktionsstärke, zur zweitstärksten Partei Deutschlands emporwuchs. Über 6,4 Millionen Deutsche bekennen sich jetzt zur nationalsozialistischen Bewegung, mit Stolz und Freude können Adolf Hitler und mit ihm alle seine Mitkämpfer sagen, daß nun die Mühen von 11 Jahren, alle Opfer an Gut und Blut nicht umsonst gewesen sind. Der Aufbruch alles Stolzen im deutschen Volke beginnt über alles Niedere, Profitsüchtige zu siegen, eine neue Jugend wächst auf im Dienste deutscher Werte, und ein stahlharter Wille ist geboren, um einst die Tat vom 9. November 1918 zu sühnen und das fremde Joch abzuschütteln.

Diese Erziehung des Charakters betrachtet der Nationalsozialismus als Kernproblem unserer Zeit. Aus der seelischen Wiedergeburt allein können auch „Programme" erfüllt werden, nur durch sie erhalten Vernunftseinsichten ihre rechte Färbung. In diesem Sinne gingen 1922 die „Wesen, Grundsätze und Ziele" als erste Schrift der NSDAP. hinaus, und die immer neuen Auflagen erscheinen mir als Beweis, daß sie als erste Einführung in die neue Gedankenwelt auch heute noch ihre Dienste tut. Und mehr als je gilt es, die Herzen aufzurütteln: bis zu dem Tage, der unserer Knechtschaft ein Ende macht.

München, 15. Dezember 1930. A. R.

Es hat sich gezeigt, daß die „Wesen, Grundsätze und Ziele“, die erste parteiamtliche Schrift der NSDAP., auch heute noch verlangt wird. Sie hat, trotzdem 15 Jahre seit ihrem Erscheinen vergangen sind, ihre allgemeine Aufklärungswirkung auch bei gänzlich veränderten Verhältnissen weiterführen können. Das Wollen von einst ist in das Stadium des Vollbringens gelangt. Trotzdem habe ich darauf verzichtet, im einzelnen nachzuweisen, welche Punkte des Programms bereits ihre Erfüllung gefunden haben; das wird sich der Leser unserer Gegenwart selbst sagen können. Manches, was vor 1933 als damaliger Zustand gekennzeichnet wurde, mußte jetzt als Vergangenheit behandelt werden. Am Grundsätzlichen ist fast nichts zu ändern gewesen; nur in wenigen Fragen mußte das neue Reich andere Wege gehen, als wir es uns vorgestellt hatten. Hier sind einige Korrekturen vorgenommen worden. Am Umfang wurde mit Absicht nichts geändert, und so mag die kleine Schrift auch weiterhin das Ihrige für die nationalsozialistische Erziehung beitragen.

Berlin, Februar 1937. A. R.

Einführung

Ist ein Volk in großes Unglück geraten, besitzt es aber noch wirklich lebendige seelische Kräfte, so wird die eindeutige Beantwortung der Frage nach den tieferen Gründen seines Niedergangs zur ersten Bedingung einer Wiedergeburt. Die Tatsache allein schon, daß ein so großes Reich, wie das deutsche, einer ganzen Welt standhalten konnte, um dann zusammenzubrechen und – nach diesem Zusammenbruch – die schlimmsten Kehrseiten des damaligen Heldengeistes aufzuweisen, zwingt jedem Denkenden die ernstesten Fragen auf. Er wird erkennen, daß der Krämergeist, das rein auf das Ich eingestellte „wirtschaftliche" Denken, der Geist des seelenlosen Internationalismus, verbunden mit einer weitverbreiteten Dünkelhaftigkeit, zwar am 9. November 1918 öffentlich die Herrschaft antrat, aber schon jahrelang, jahrzehntelang im Innern des Volkes wucherte. Zahlreiche Warnerstimmen waren ungehört verhallt; von einem dämonischen Drang nach rein technischen, wirtschaftlichen Eroberungen getrieben, gefördert durch materielle Zwangslagen (Überbevölkerung usw.), ohne den Willen, das Raumproblem zu erfassen und demgemäß zielbewußt zu handeln, verlor das deutsche Volk sein seelisches Gleichgewicht und fiel Verführern zum Opfer, die den verflachenden Geisteszustand für Einimpfung volksvergiftender Lehren ausnutzten (Menschheitskultur, Internationalismus, Pazifismus, Parlamentarismus usw.).

Die völkische Revolution gegen diesen krankhaften Zustand brachten die Augusttage 1914 und all die Heldentaten des deutschen Volkes in Feld und Heimat. Aber die Krankheitserreger saßen zu tief im Blut, und durch sie, durch Leid und Hunger zermürbt, stürzte der stolze Bau, der Traum der Jahrhunderte, in wenigen Tagen zusammen, um einem System und Männern Platz zu machen, deren Dasein zum Hohn auf eine alte, große Vergangenheit, ein Spott auf das Deutschtum schlechtweg wurde.

Jetzt ist die große Wende eingetreten, da es sich entscheiden muß, ob in Mitteleuropa nur ein Gemengsel Menschen leben wird, das zufällig die deutsche Sprache spricht, im übrigen aber keinen gemeinsamen Pulsschlag des Herzens mehr besitzt, oder aber ob aus tiefster Schande der alte Idealismus sich noch emporzurecken vermag, um die 70 Millionen zu einer Bluts-, Volks- und Schicksalsgemeinschaft zusammenzuschmieden. Im ersten Fall ist der Untergang – der verdiente Untergang – besiegelt, im zweiten wird keine Macht der Welt die Auferstehung Deutschlands zu verhindern vermögen.

Allen materialistischen, händlerischen und mammonistischen Gedanken stellen die Nationalsozialisten den Glauben an die idealistischen Kräfte entgegen und rufen zum bewußten rücksichtslosen Kampf auf gegen die Mächte, die z. T. bewußt Deutschlands Niedergang fördern, z. T. zu schwach waren, sich ihm zu widersetzen, dabei aber noch Herrschaftsrechte im deutschen Volk beanspruchen. Ohne Geld und Gut, nur mit diesem Glauben ist der Kampf begonnen worden. Gegen alle Parteien. Denn ob „rechts", ob „links", sie litten alle an so grundsätzlichen Gebrechen, daß sie gleich schuldig waren am Unglück des deutschen Volkes.

Der eine verhängnisvolle Irrtum war die zugelassene Verfälschung der Begriffe National und Sozial. Die Kreise und Parteien, welche vorgaben, die kostbarsten Volksgüter zu verteidigen, haben dies gar zu oft nur in außenpolitischer Hinsicht getan. Innenpolitisch haben sie nicht selten Rang, Stand und Geld als genügende Vorzüge betrachtet, um auf den Volksgenossen im Arbeitskittel als auf einen Bürger

zweiten Grades hinabzusehen. Der Volksgenosse wurde nicht als solcher gewertet, sondern als ein Wirtschaftsobjekt. Dieser Standesdünkel wurde ein willkommenes Agitationsmittel in der Hand fremdvölkischer Volksverführer.

Zu diesem Übel gesellte sich die Gleichsetzung von Dynastie und Nationalinteresse. Zweifellos hatte es Zeiten gegeben, da die Persönlichkeit des Königs oder Kaisers zugleich Bürge war fürs ganze Reich. Aber daß dieser Zustand zu einem stehenden Zwangsglaubenssatz wurde, förderte ein Byzantinertum, das alle schwächen der kaiserlichen Regierung zu vertuschen bemüht war und auf diese Weise, wenn auch ungewollt, wiederum die Gegner des deutschen Staates als solche stärkte. Man hatte vergessen, daß das Volkstum, sein Interesse, sein Wohl und seine Ehre auch über der Persönlichkeit des Monarchen zu stehen hatte. So wurde der außenpolitische Nationalismus auch hier nicht selten gegenvölkisch antisozial.

Zu diesen Feinden gesellte sich noch eine immer mehr um sich greifende Weltfremdheit der gelehrten Stände. Das einseitige Interesse für das graueste Altertum, für die Wissenschaft des Orients, für abstrakte, blutleere Grundsätze, verschärfte die Kluft zwischen dem geistigen Arbeiter – der nationalen Intelligenz also, welche eigentlich berufen war, ein Volk in seinen Lebenskämpfen zu führen – und dem Handarbeiter und gab auch hier skrupellosen Elementen und fremden Hetzern die Möglichkeit, die Nöte der darbenden Bevölkerungsschichten für ganz andere als die vorgetäuschten Zwecke auszunutzen.

Die Predigt des Klassenkampfes fiel somit auf fruchtbaren Boden, und ihre Vertreter haben seit Jahrzehnten keinen Tag ohne den Versuch vergehen lassen, die Wunden im deutschen Volkskörper stets von neuem wieder aufzureißen.

Der deutsche Arbeiter sah sich von seiner blutsverwandten geistigen Schicht geschieden und glaubte an die Lehre vom ewigen Klassenkampf als einem Naturgesetz; er hörte viele Sendlinge fremder Nationen dasselbe sagen wie seine einheimischen Führer und glaubte an die Gleichheit der Menschen und an die Solidarität des Proletariats aller Länder; er sah die tagtäglich sich äußernde Ungerechtigkeit des Zeitalters der Maschine und glaubte an den gerechten Zukunftsstaat; er fühlte ein sichtbares Kapital die Welt beherrschen, er sah tagtäglich seine oft nicht volksfreundlichen Unternehmer vor Augen und glaubte an die Notwendigkeit des Sturzes eines jeden Kapitals, an die Erlösung durch die Diktatur des Proletariats.

Neben der Verfolgung scheinbar idealer Ziele verstand der Marxismus aber sein eigentliches Wesen hineinzumischen und den schon lange vor ihm im Fluß befindlichen, früher organisch wachsenden, sozialistischen Gedanken zu verfälschen. Während er Gleichheit predigte, Gleichheit zwischen Deutschen, Franzosen, Juden und Chinesen, lehrte er Kampf bis aufs Blut zwischen verschiedenen Schichten innerhalb des gleichen Volkes, widerlegte sich also schon von Anfang an; während er Eigentum nicht nur gelegentlich, wie es früher geschah, sondern grundsätzlich als Diebstahl bezeichnete (wobei der logische Widersinn – daß, wo kein Eigentum ist, auch der Begriff des Diebstahls nicht bestehen kann – ganz vertuscht wurde), lehrte er doch nichts anderes als die persönliche Bereicherung auf Kosten anderer.

Der Marxismus gab vor, den wucherischen Weltkapitalismus zu bekämpfen und arbeitete doch dabei seit seiner Entstehung Hand in Hand mit internationalen Großbanken und Börsen. Bis auf den heutigen Tag. Der 9. November 1918 war die mit antikapitalistischen, ausgeplünderten und verhetzten Arbeitern durchgeführte Börsenrevolution mit dem seit lange verfolgten Zweck, die noch nicht ganz von den

Weltbanken in Besitz gebrachte nationale Industrie und Landwirtschaft Deutschlands in die Hände des überstaatlichen Leihkapitals zu spielen. Das war der Sinn des Kampfes gegen diese bodenverbundenen Wirtschaftskräfte Deutschlands, wie er vom „antikapitalistischen" Marxismus im Verein mit der plutokratischen Demokratie geführt wurde. Das war aber auch der Sinn dessen, daß die Sozialdemokratie im Reichstag seit 1880 gegen alle Wuchergesetze, Börsenbesteuerungen, Luxussteuern usw. gestimmt hatte. Man wünschte nicht des Volkes Wohlfahrt, sondern züchtete absichtlich und planmäßig Ungerechtigkeit groß, um mit Hilfe der so selbst unterstützten Unzufriedenheit die Truppen der Revolution organisieren zu können.

Das war der größte Betrug des 19. Jahrhunderts, wie er endlich in Moskau im November 1917, zu Berlin im November 1918 triumphierte: die antikapitalistische Weltrevolution, geführt von Knechten des Weltkapitals*.

Der Marxismus war nicht Sozialismus = Gemeinschaftsgeist, sondern seine bewußte, nur verdeckte Verhöhnung. Der Marxismus war nicht Kampfansage an den Materialismus des Zeitalters, sondern die Krönung dieses mammonistischen Gedankens. Der Marxismus war überhaupt kein Wirtschaftskampf, sondern ein angesagter Macht- und Kulturkampf an alle Völker Europas. Der Marxismus fälschte die Gedanken des Internationalismus, des Klassenkampfes, des Pazifismus in den sozialistischen Grundsatz hinein, der mit ihnen gar nichts zu tun hatte.

Dieser ungeheure Weltbetrug wurde restlos und dadurch möglich, daß sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts die Führung sowohl des völkerausbeutenden Kapitalismus wie des Marxismus in der Hand der Vertreter ein und desselben Volkes befand: in der Hand des Juden. So war und ist der Marxismus letzten Endes ein Rassenkampf.

Durch die Französische Revolution und ihre Auswirkungen in den übrigen Ländern von fast allen Hemmungen befreit, wirkte sich jüdisches Wesen genau so aus wie in früheren Jahrhunderten. Zähe Energie, Skrupellosigkeit, internationale Verbundenheit bei staatsbürgerlicher Gleichstellung, angeborenes Schmarotzertum…, das alles bildete die Grundlage zur jüdischen Geldherrschaft, in deren Zeichen wir heute stehen.

Um die aufsteigenden Gefahren der beginnenden Arbeiterbewegung für sich unschädlich zu machen, „unterstützte" die jüdisch hochkapitalistische Bankwelt den Marxismus, gründete „Arbeiter"zeitungen, baute Gewerkschaftshäuser, hetzte gegen Unternehmer und Bauern, hetzte Konfession auf Konfession, um durch Teilung – zu herrschen! Deshalb stehen auch seit Jahrzehnten an führender Stelle aller Arbeiterparteien aller Staaten Juden oder unbedeutende Leute, die auf Gedeih und Verderb mit dem Bestehen ihrer Partei verbunden sind, und üble Streber, die es in jedem Volke gibt. Zu sehr geringem Teil gab es auch unter diesen führenden Leuten weltfremde Phantasten; sie waren ebenso schädlich wie die bewußten Betrüger.

Die Sünden der Landwirte und Industriellen kamen dem Betrug entgegen, und seit Jahrzehnten wird nun der wirtschaftliche und politische Kampf in falscher Front geführt: anstatt daß Unternehmer und Arbeiter ihre völkische, politische und wirtschaftliche Zusammengehörigkeit erkannten und sich aus dieser Erkenntnis gegen das über allen Völkern lastende bewegliche Bankkapital und die alles zersetzende Börsenspekulation gewandt hätten, führten sie einen erbitterten Krieg

* Die Annahme des Dawes-Diktats am 29. August 1924 war ein Schlußstein im jahrzehntelangen politischen Bau der Weltrepublik.

gegeneinander zum Nutzen und Wohl des lachenden Dritten: des Börsenjuden und seiner unbeschnittenen Geistesbrüder.

Deshalb erklären die Nationalsozialisten: Kampf diesen heute schon fast alles beherrschenden Bankkonsortien und ihren Besitzern, Kampf aber auch jedem einzelnen Industriellen oder Landwirt, der seine völkische Pflicht über dem Eigennutz vergißt. Und gerade ihnen rücksichtslosen Kampf, weil diese Schädlinge die Notwendigkeit einer völkisch gebundenen Wirtschaft entstellen. Schutz der Volkswirtschaft, Kampf ihren Verächtern.

In der roh materialistischen marxistischen Weltanschauung, die an Stelle des Qualitätsbegriffes den rein stofflichen Quantitätsbegriff setzte; welche den Wert der schöpferischen Persönlichkeit verneint und die Masse aufrief; welche die völkische und politische Lüge sich zum Grundsatz machte, erblickt der Nationalsozialismus seinen Todfeind (wobei die Parteizugehörigkeit erst in zweiter Linie eine Rolle spielt). Diese Weltanschauung zu überwinden und sie zu vernichten, ihre Hauptvertreter aber nach jeder Richtung hin unschädlich zu machen, ist mit das wichtigste Ziel der NSDAP. Ist dies erreicht, dann erst sind die Wege frei für ein Deutsches Reich, für ein wirklich deutsches Vaterland.

Es ist jetzt klar, warum die neue Volksbewegung den Namen Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei führt.

National, nationalistisch ist sie mit der ganzen Inbrunst eines neuen Erlebens uralten, nur verschütteten Wesens; *sozialistisch* in der Erkenntnis, daß der Miterschaffer, Miterbauer eines Staates nicht, bestenfalls, ein soziales Almosen (wie es seitens des liberalen Staates geschah) zugeworfen erhalten darf, sondern daß der Staat als solcher die Pflicht hat, die Oberaufsicht über alles das zu führen, was alle seine Angehörigen bedürfen. In der weiteren Erkenntnis, daß dies alles nicht verwirklicht werden kann, ehe nicht der Bazillus unschädlich gemacht worden ist, der unser Blut und unsere Seele vergiftet: der Jude und der aus ihm geborene jüdische Geist mit seinen Anhängern aus dem deutschen Lager, wurde der rücksichtslose Kampf gegen diese Verführer des deutschen Volkes aufgenommen. Und das heißt zugleich: Kampf aller geistig und körperlich produktiv *Arbeitenden* gegen die Drohnen und Schmarotzer. Für den Nationalsozialismus gibt es weder „Proletarier" noch „Bürger" als zwei todfeindliche Klassen, sondern nur noch *Deutsche* als Bluts- und Schicksalsgenossen. *Schaffende* Deutsche.

Die heutige Zeit großer Schicksalswenden hat eine neue Welt-, Geschichts- und Staatsanschauung gezeitigt, die zwar noch nicht in klarer Form gefaßt, in ihrer Richtung jedoch bereits eindeutig festgelegt ist. Wir erkennen Geschichte nicht mehr an als „ewige Entwicklung der Menschheit", sei es zur Humanität, sei es zur Christianisierung der Völker, sei es zu einer irgendwie vorgestellten „Menschheitskultur", auch nicht als rohen Klassenkampf, sondern als eine Auseinandersetzung seelisch-rassischer Mächte mit ihrer Umwelt und anderen Rassen. Im Auftreten und Vergehen der Rassen waltet das letzte große uns erkennbare Naturgesetz; seine Mißachtung schuf das Rassenchaos, an dem die großen arischen Kulturen Indiens, Persiens, Griechenlands und Roms einst zugrunde gingen. Das Selbstbewußtwerden europäischen Rassentums deutscher Verkörperung, das ist innerstes Erwachen unserer Gegenwart, jene Kraft der Seele, die nichts anderes will als sich selbst darstellen im festen Glauben, auf diese Weise das Wertvollste zu schaffen, dessen sie fähig ist. Nach jahrhundertelanger Verleugnung der ewigen Natur gliedert sich die völkische, die nationalsozialistische

Bewegung wieder bewußt ein in die Gesetzmäßigkeit des ewigen Lebensprozesses. Dieses Bewußtsein gibt ihr die Kraft und den Glauben.

Partei nennt sich die Bewegung aus der nüchternen Erkenntnis heraus, daß ein solcher angesagter Machtkampf gegen eine ganze Welt nicht durch überparteiliche, alles versöhnende Verbände geführt werden kann, sondern nur durch Zusammenfassung ganz klar eingestellter Kampfpersönlichkeiten und Energien. Die Zahl solcher ist zunächst gering und soll auch nie die Mehrheit des Volkes ausmachen, wie denn auch nie in der Weltgeschichte Völkerschicksale durch Mehrheiten, sondern nur durch zielbewußte Minderheiten entschieden wurden. Und da ist jede Organisation, ob sie sich nun Bund, Zirkel, Verein oder sonstwie nennt, immer Partei. Ja, mag sie sich noch so „überparteilich" gebärden und das „Volksganze" nicht wünschen, so ist die Partei als solche auch dann gegeben. Es handelt sich hier wie überall um den Glauben. Der Nationalsozialismus bekennt sich offen als zahlenmäßig vielleicht nie eine Mehrheit bildende Kampfpartei, aber er tut das in dem felsenfesten Glauben, daß er eine Volksbewegung verkörpert, die das Schicksal Deutschlands einmal entscheiden und darüber hinaus auch anderen Völkern die neuen Wege der Zukunft weisen wird. Augenblicklich aber heißt es Kampf, und Kampf bedeutet immer Mensch wider Mensch, Partei wider Partei.

Aus allen diesen Erkenntnissen heraus heißt die Freiheitserhebung des deutschen Volkes:

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei!

Ein Krebsschaden aller bisherigen Parteibildungen lag u. a. in der Tatsache, daß sie nicht mehr Mittel zur Durchführung von dem Volke dienender Bestrebungen, sondern schon Selbstzweck geworden waren. Scharen von am Bestande des parlamentarischen Parteien Interessierten tragen keinerlei wirkliches Verlangen an der Durchführung gesunder Gedanken, da sie von der Unzufriedenheit leben. Sie dürfen also keine Programmerfüllung lebensstärkender Ideen anstreben, da dieses ihr Ende bedeuten würde. So wurde denn auch aus diesem Grunde die Unzufriedenheit der Massen immer von neuem geschürt, und immer neue Forderungen wurden aufgestellt, deren Unerfüllbarkeit den Fordernden selbst ganz genau bekannt war. Die Parteien waren nicht mehr dienende Organe im Volksorganismus, sondern zu selbstständigen Staaten im Staate geworden.

Die Rettung Deutschlands liegt in der Zertrümmerung des demokratisch-marxistisch-plutokratischen Götzen. Das ist das Ziel der nationalsozialistischen Bewegung und ihr Bestreben, die Ursachen, die zu der Herrschaft des jüdisch-mammonistischen Geistes führten, zu beseitigen und dem ganzen Volke eine neue Richtung zu geben. Nicht so sehr neue Gedanken sind nötig, als neues Denken überhaupt. Ist dies gelungen, hat die völkische Staatsauffassung und Weltanschauung gesiegt, dann hat auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihre erste Sendung erfüllt. Das, was heute Kampfruf ist gegen alle Mächte der Zeit, wird dann die Grundlage für alle neuen Gebilde des ewig pulsierenden Lebens werden.

Die 25 Punkte des Programms der NSDAP.

Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeit-Programm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zwecke, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheiten der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen; Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen.

6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.
Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksichten auf Charakter und Fähigkeiten.

7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen. Daher fordern wir:

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft.

12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13. Wir fordern Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschaftlichten (Trusts) Betriebe.

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.

16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes uns seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.

18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksicht auf Konfession und Rasse.

19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.

20. Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellung zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.

21. Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigenden Vereine.

22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen fordern wir, daß:

a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,

b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden,

c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes, sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich.

Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.

Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage:

Gemeinnutz vor Eigennutz.

25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir: Die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

München, den 24. Februar 1920.

1.

Wirkten selbstverständlich auch in weit entfernten Zeiten der Geschichte Europas rassisch-nationale Energien, so war es doch für eine jahrhundertelange Epoche die bezeichnendste Tatsache, daß dieser völkische, mehr oder weniger scharfe Instinkt in den Dienst einer internationalen religiösen Idee gestellt wurde, der gegenüber das nationale Wesen zurückzutreten hatte. Der religiöse Kampf war eine lange Zeit hindurch die Losung, mögen sich auch noch so oft hinter ihr andere Triebe versteckt gehalten haben. Die geschichtliche Entwicklung der letzten Jahrhunderte ist nun in erster Linie dadurch gekennzeichnet, daß das nationale Element immer bewußter vor das konfessionelle gestellt wurde und daß dies die Bildung der europäischen Nationalstaaten zur Folge hatte. Das Volkstum rein als solches wuchs als Bewußtsein von Millionen zu einem Wert an sich heran, was die Forderung ergab, diesem Werte – und sollte er auch nur von einer geringen Anzahl Menschen vorgestellt werden – eine eigene Würde und Selbstbestimmung zuzuerkennen.

Die politischen Mächte, denen Deutschland in erster Linie sein Unglück verdankte, hatten diese geistige Einstellung zahlloser sonst so verschiedener Menschen sehr wohl erkannt und, skrupellos zwar, aber zielbewußt in ihre Programme den „Kampf für die unterdrückten Völker" miteinbezogen. Gleich diesen in den Demokratien des Westens herrschenden Kräften hatten auch ihre scheinbaren Todfeinde, die marxistischen Parteien, die Forderung des „Selbstbestimmungsrechts der Völker" aufgestellt.

Das deutsche Volk hatte an diese Versprechungen geglaubt und wurde in brutalster Weise seines Selbstbestimmungsrechtes beraubt. Es hatte nicht einsehen wollen, daß diese scheinbar so dem Sehnen aller entsprechenden Forderungen in diesem Falle eine Lüge sein mußten, weil die Worte aus dem Westen Prägungen der Organe des internationalen Kapitalismus waren, vertreten durch die alle Staaten beherrschenden Banken und Börsen samt den von ihnen abhängigen Parlamenten, Regierungen und der Presse. In Moskau aber regierten später Apostel der Weltrevolution, deren Ziel es war, alle Völker unter die Herrschaft einer einzigen Idee – der kapitalistisch-kommunistischen – zu zwingen. Deshalb war das Wort vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" ein willkommenes Mittel, den Gegner innerlich zu zersetzen, um ihn dann in den Dienst einer ihm todfeindlichen Idee zu stellen.

Dieser Weltbetrug am deutschen Volke – und nicht nur am deutschen – kam also durch Verfälschung einer Weltanschauung zustande, wie sie mehr oder weniger deutlich im Herzen aller Europäer lebendig war. Gegen diesen, allem anderen Unheil zugrunde liegenden Betrug richtet sich in erster Linie das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Denn aus dem Rassengedanken heraus ist erst der Gedanke des echten Volksstaates Wirklichkeit geworden. Er ist heute der letzte Maßstab unseres gesamten irdischen Handelns. – Die Zweiheit alles Menschlichen äußerte sich in früheren Zeiten unter den Schlachtrufen Christentum – Heidentum, Katholizismus – Protestantismus, Monarchie – Republik. Heute heißt sie völkisch – international. Diese Entscheidung liegt auch der nationalsozialistischen Bewegung zugrunde und bildet den Ausgangspunkt aller Programmpunkte und politischen Maßnahmen.

Die nationalsozialistische Bewegung erkennt und fordert, daß gleiches Blut und gleiche Sprache und gleiche Kulturüberlieferungen auch einen Staat bilden müssen.

Und wenn sich im Binden solcher Staaten Streitigkeiten mit Nachbarstaaten ergeben sollten, so wissen jedenfalls beide Teile, daß sie für ihre völkischen Notwendigkeiten kämpfen und sich nicht im Interesse einer internationalen Idee (sei es einer demokratischen oder kommunistisch-internationalen) oder dunkler Börsenherren, d. h. zum Besten Dritter, gegenseitig die Köpfe einschlagen.

Aus diesen Erkenntnissen heraus lautet der 1. Punkt des Programms: *„Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Großdeutschland.“*

2.

Die Folge der Zersetzungsarbeit der äußeren und inneren Feinde Deutschlands neben ihren bewußten und unbewußten Helfern und Helfershelfern war der Zusammenbruch des Deutschen Reiches. Er wäre aber, trotz allem, nicht möglich gewesen, wenn das deutsche Volk bewußter darüber gewacht hätte, daß seine Lebensnotwendigkeiten als alleiniges Maß und Richtschnur zu gelten hätten und nicht demokratische, marxistische, „christlich“ benannte oder „humanitäre“ Zwangsglaubenssätze. Die Staatsregierung, deren Pflicht es gewesen wäre, dies rücksichtslos zu tun, hat diese Pflicht nicht erfüllt. Ihre Beseitigung durch die erfolgte Revolution war die verdiente Folge ihrer Pflichtvergessenheit gegenüber dem deutschen Volke.

An ihre Stelle aber trat nicht eine Regierung, welche die Unterlassungen der früheren gutzumachen gewillt war, sondern eine, die zwar aus „Arbeiterführern“ bestand, welche jedoch die Interessen der deutschen Arbeiterschaft und des gesamten deutschen Volkes ohne jeden ernstes Widerstand den vom internationalen Bankkapital beherrschten und von einem mißleiteten – da durch materialistische Einstellung ebenfalls an die jüdische Hochfinanz gebundenen – Nationalismus vorwärtsgepeitschten Staaten des Westen überlieferten. Anstatt für die Befreiung zu kämpfen, wurde die Unterwerfung des deutschen Volkes vollzogen.

Die weitere Folge waren 1919 die „Friedens“verträge von Versailles und St. Germain, gefolgt 1924 von dem Dawes-Diktat.

Diese furchtbaren Urkunden wurzeln in der Lüge von der Schuld Deutschlands am Weltkriege und bezwecken die politische Zerstörung des Deutschen Reiches, die wirtschaftliche Abhängigkeit des deutschen Volkes vom Auslande, seine Entsittlichung, letzten Endes die Vernichtung aller seiner Lebensmöglichkeiten. Die Verräter vom 9. November 1918 verdankten ihre Erfolge einer lügnerischen Tätigkeit, welche darauf hinauslief, die deutsche Reichsregierung der Schuld am Weltkriege zu bezichtigen, sie als das einzige Hindernis für einen gerechten Frieden hinzustellen und ihre Beseitigung als die Voraussetzung einer wirklichen Völkerverständigung zu fordern. Der Glaube, für eine gerechte Sache zu kämpfen, wurde dem deutschen, in schwerster Not lebenden Volke weiter dadurch zu unterhöhlen versucht, daß man ihm tagaus, tagein versicherte, der Ausgang des Krieges sei für die schaffenden Stände ganz gleichgültig; wenn eine Kriegsentschädigung zu zahlen sei, so würde das durch die Revolution siegreiche Volk den Großkapitalismus zur Zahlung dieser Entschädigung zwingen. Im übrigen bürge die Solidarität des internationalen Proletariats für die Verteidigung der Lebensrechte der schaffenden Stände Deutschlands.

Alle diese Behauptungen haben sich als Unwahrheiten, Betrug und schamlose Lügen erwiesen. Die Unschuld Deutschlands am Weltkrieg ist heute urkundlich nach jeder Richtung hin erhärtet. Die Beseitigung der ehemaligen Regierung in der schwersten Schicksalsstunde und die Errichtung der „Demokratie" haben den niederträchtigsten „Friedens"vertrag zur Folge gehabt, welchen die Welt je gesehen hat und der die Sklaverei unserer ganzen Nation zeitigte. Zu zahlen hatten nicht die Großkapitalisten – die herrschten in der „Demokratie", und zwar mit Hilfe der „Arbeiterführer" und Apostel des Novemberumsturzes mehr als jemals zuvor –, sondern gerade die schaffenden Stände. Das Versprechen der Solidarität des Proletariats hat sich als infame Lüge erwiesen: die französischen Vertreter des Proletariats erklärten das Versailler Schmachstück als noch – zu milde! Sie billigten auch den Einmarsch Frankreichs ins Ruhrgebiet im Januar 1923 und seine fortdauernde Aufrüstungspolitik.

Die seit dem 9. November 1918 durch Lüge und Verrat an den Interessen des deutschen Volkes zum maßgebenden Einfluß gelangten Männer durften aus eigenem Interesse heraus diesen Betrug nicht enthüllen, bestenfalls ihren Irrtum eingestehen. So kam es, daß das deutsche Volk darüber im unklaren gelassen wurde, daß es keinerlei Schuld trägt am Verbrechen, welches mit dem 28. Juni 1914 zu Sarajevo seinen Anfang nahm; daß die Lasten des am 28. (!) Juni 1919 unterschriebenen „Friedens"vertrages so ungeheuer sind, daß die Erfüllung der im schamlosen Dawes-Abkommen niedergelegten Ausbeutungspläne vollkommen ausgeschlossen ist und Deutschland nach jahrzehntelanger Fron noch mehr abzuzahlen hätte (dank den „zugut geschriebenen" unerfüllbaren Erpressungen) als am Anfang der Sklaverei.

Die Nationalsozialisten verwerfen die beliebte Phrase von der teilweisen „Revision des Versailler Friedensvertrages", denn eine solch kleine Revision würde vielleicht die eine oder andere zahlenmäßige Verminderung der sog. „Verpflichtungen" bringen, das gesamte deutsche Volk aber würde nach wie vor der Sklave der anderen Völker bleiben. Alle Forderungen nach „Hebung der Produktion", „Wiederaufbau der Wirtschaft", „Aufhebung des Achtstundentages" bedeutete unter diesen Umständen weiter nichts als eine immer gründlichere Auslieferung des deutschen Nationalvermögens an die Feinde, eine immer größere Vergeudung deutscher Arbeitskraft, eine immer tiefere seelische Knechtung und sittliche Verlumpung.

Anderseits aber war die Forderung der marxistischen Führer nach dem Achtstundentag und zugleich die von ihnen gestützte Weiterführung der außenpolitischen Erfüllungs-, d. h. Verelendungspolitik, ein schamloser Betrug am schaffenden Volke, da durch diese „Außenpolitik" Deutschland sich seiner politischen, Finanz- und Verkehrshoheit bereits begeben hatte. Der Kampf des deutschen Volkes gilt also zugleich der kapitalistischen und politischen Ausbeutung durch die äußeren Feinde und inneren Verräter, um einst seine Selbstbestimmung wieder zu erlangen.

Aus dieser Erkenntnis heraus lautet der 2. Punkt des Programms:

„Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain."

3.

Das deutsche Volk vermehrte sich vor dem Kriege jährlich um nahezu 900000 Menschen. Sie alle forderten Arbeit, Ernährung. Die Folge war einerseits eine immer weiter fortschreitende, aber Arbeitsmöglichkeit schaffende Industrialisierung und, da auch dieser Grenzen gesetzt waren, anderseits Auswanderung. Dank den Widerständen derselben Parteien, die am 9. November 1918 offen die Geschäfte der Regierung in die Hand nahmen, wurde seit Jahrzehnten eine planmäßige deutsche Kolonialpolitik hintertrieben, die es ermöglicht hätte, den Strom deutscher Auswanderer zielbewußt zu leiten und somit deutsches Blut dem deutschen Volke zu erhalten. Die notwendige Folge dieser vom Freisinn, Marxismus und vom Zentrum verfolgten deutschfeindlichen Politik war die Überindustrialisierung Deutschlands und die Stärkung Amerikas durch lebensstarke deutsche Elemente, die schließlich unter dem Sternenbanner gegen ihre Volksgenossen in den Krieg ziehen mußten. Bedenkt man, daß in den Vereinigten Staaten etwa 12 Millionen Deutschstämmige leben, so läßt sich das angerichtete Unheil leicht ermessen. Die Männer, welche sich auf allen Gassen als Vertreter des darbenden Volkes anpriesen, haben dieses Volk schon vor dem Kriege jahrelang betrogen, indem sie auch in der außereuropäischen Kolonialpolitik nichtdeutsche Interessen vertraten und dadurch gerade den schaffenden Ständen in Deutschland das Leben immer schwerer machten.

Nun hätten sie aber doch Gegner einer kolonialen Weltpolitik sein und für deutsche Notwendigkeiten kämpfen können, indem sie wenigstens auf dem europäischen Festlande das Deutsche kraftvoll vertreten hätten. Aber auch hier wurden Dänen, Polen usw. geschützt, und jeder Versuch einer großzügigen Ostsiedlung stieß auf die schärfste Ablehnung seitens des „humanitären" Freisinns, des „arbeiterfreundlichen" Marxismus und des sog. „christlichen" Zentrums, welches konfessionelle Interessen vor nationale stellte und stets energisch für die andersvölkischen „Glaubensbrüder" eintrat. Auf die Konservativen fällt bei Betrachtung dieser Frage die schwere Schuld, billiges fremdes Arbeitermaterial dem deutschen Volksgenossen vorgezogen zu haben, was gleichfalls ein Hindernis zur Besiedlung des in seinen Hauptzentren der deutschen Kultur gewonnenen Ostens war.

Auf der damaligen Reichsregierung bleibt der Vorwurf haften, dies alles geduldet zu haben. Eine schwere Schuld, welche das deutsche Volk heute ebenfalls zu büßen hat.

Aus diesen Überlegungen heraus kann es für eine Bewegung, die nichts als das Wohl des gesamten Volkes zum Ziel hat, nie und nimmer einen Verzicht auf Ansiedlungsländer geben. Es widerspricht jeglicher natürlichen Ordnung, daß 36 Millionen Franzosen über ein größeres Land verfügen als 68 Millionen Deutsche; daß auf einen Russen zwanzigmal mehr Grund und Boden kommt als auf einen Deutschen. Dieses naturwidrige Verhältnis muß entweder zur vollkommenen Verkrüppelung des deutschen Volkes führen, oder es wird in einer gerechten Weise ein Ende nehmen. Es gibt auch hier nur Durchsetzung unserer Lebensnotwendigkeiten.

Dabei ist es unter gegenwärtigen Umständen nicht möglich, die betreffenden europäischen oder außereuropäischen Gebiete, die für Kolonisation in Betracht kommen müßten, näher zu bezeichnen. Die weltpolitischen Möglichkeiten von heute

können sich in einiger Zeit ändern. Aus ihnen wird sich dann die jeweilige Führung der auswärtigen Politik Deutschlands zu ergeben haben. Die Hauptsache bleibt, den notwendigen Willen für die dritte grundsätzliche Forderung nie einschlafen zu lassen:

„Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.“

4.

Eine unerläßliche Unterscheidung muß einmal im deutschen Volksbewußtsein Platz greifen: das Staatsbürgerrecht darf nicht etwas darstellen, was jeder als Geschenk mit in die Wiege erhält, sondern hat als ein zu erwerbendes Gut angesehen zu werden. So ist zwar jeder Deutsche Staatszugehöriger, die Rechte des Staatsbürgers darf er aber nur erhalten, wenn er seine Erziehungsanstalt, seine Garnison verlassen oder die dem Staate zu leistende Arbeitsdienstpflicht als 20–22jähriger Mensch mit ehrenhafter Führung beendigt hat. Das zu erringende Recht auf den Staatsbürger muß für jeden Deutschen einmal ein Ansporn zum Streben nach ganzem Menschentum und Leistung im Dienste des Volkes werden. Dies stets wach erhaltende Bewußtsein wird ihn auch ganz anders für ein erworbenes Gut eintreten lassen, als es beim vergangenen Zustand war und heute mehr als je der Fall ist.

Die alte Auffassung vom Staatsbürgertum kannte den Begriff der Rasse überhaupt nicht. Für sie war Deutscher, der einen deutschen Paß besaß, Tscheche der, welcher einen tschechischen Personalausweis vorzeigte, obwohl ihm vielleicht kein Tropfen tschechischen Blutes in den Adern floß. Demgemäß stand der Aufnahme auch der Juden oder einer anderen dem Europäertum fremden Rasse grundsätzlich nichts im Wege. Es galt nur „der Mensch“.

Diese liberal-demokratische Staatsauffassung ist eine unmittelbare Folge der „Philosophie des 18. Jahrhunderts“, wie sie unter englischen Einflüssen, deutschen Humanitätsgedanken und französischen Schlagwortprägungen ihren Einzug im 19. Jahrhundert hielt und deren politische Auswirkung der demokratisch-parlamentarische Unstaat darstellt.

Diese Entwicklung nahm ihren ersten nachweisbaren Anfang in den Freimaurerlogen am Anfang des 18. Jahrhunderts. Auch die phrasenhafte Dreiheit „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, schön klingend, in sich aber widerspruchsvoll, ist in den Pariser Logenkreisen um 1740 entstanden. Diese Worte waren denn auch die Gleichnisse der sogenannten großen Französischen Revolution, in der man ganz zu Unrecht die Geburt des echten Nationalgedankens sieht. Vielmehr bedeutete, weltgeschichtlich betrachtet, diese Revolution die Anbetung der Phrase, die Heiligsprechung des rohen Mehrheitsbegriffes als Herrschaftsanrecht, die Gründung des tausendköpfigen, unfähigen, volkszersetzenden und dabei unverantwortlichen Parlamentarismus in Europa. Der echte Nationalstaatsgedanke ist erst durch den Nationalsozialismus mit aller Klarheit und Folgerichtigkeit verkündet worden.

Nicht umsonst gilt der Judenheit die Französische Revolution als ein besonderer Markstein in der Geschichte ihrer „Befreiung“. Durch die dieser Bewegung zugrunde

liegende uferlose „Menschheitsidee“ wurde die Entfesselung der allem Europäertum fremden und feindlichen jüdischen Gegenrasse vollzogen.

Gemäß ihrer seit über 3000 Jahren unveränderlich wirkenden Triebe zum Zwischenhandel, zum Geldleihgeschäft, zum jeder Hemmung baren Ausbeuter- und Wuchertum trat das jüdische Wesen im 19. Jahrhundert genau ebenso in die Erscheinung wie in früheren Zeiten. Das organische Leben aller Völker Europas wurde immer wieder gestört durch internationale Finanzoperationen, internationale Monopolbildungen, planmäßig international durchgeführte betrügerische Börsenmanöver, verbunden mit der Organisierung von Streiks, Aufständen, politischen Verschwörung usw. Man hatte das schmarotzerhafte vorderasiatische Volk nicht ungestraft in den Kreis der europäischen Völkerfamilie aufgenommen.

Das alles war die Folge einer von uns allen schädlichen Staatsauffassung.

Der Nationalsozialismus sieht auch in der Art des Staatsaufbaus und der Staatsleitung einen Ausfluß eines bestimmten völkischen Charakters. Läßt man eine ganz fremde Rasse – folglich andere Triebe – daran teilnehmen, so wird die Reinheit des organischen Ausdrucks verfälscht und das volkliche Dasein verkrüppelt werden. Die Geschichte des letzten Jahrhunderts mit seinem von der jüdischen Hochfinanz zersetzten Parlamentarismus ist ein trauriges Beispiel dafür. Die Geschichte Deutschlands der letzten Jahrzehnte, namentlich aber seine Geschichte von 1918 bis 1933, ist in dieser Beziehung noch erschütternder.

Dieser ganzen Staatsauffassung setzt der Nationalsozialismus eine grundsätzliche andere gegenüber. Er erkennt, daß die einzelnen Stämme des deutschen Sprachgebiets zwar verschiedenen, aber unter sich nah verwandten Rassen angehören, daß manche Vermischungen unter diesen Stammesgenossen neue lebenskräftige Bildungen, u. a. den vielgestaltigen und doch einen deutschen Menschen, hervorgebracht haben, daß aber eine Vermischung mit der, ihrem ganzen geistigen und körperlichen Bau nach grundverschiedenen und feindlichen jüdischen Gegenrassen mit ähnlichen vorderasiatischen Ausstrahlungen nur Bastardierung zur Folge gehabt hat.

Deshalb fordert der Nationalsozialismus als grundsätzlichen 4. Punkt:

„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“

5.

Aus diesem Grundsatz ergibt sich natürlicherweise die Auffassung, daß der Jude – soweit er sich überhaupt in Deutschland aufhalten darf – als Gast anzusehen und demgemäß unter Fremdengesetz zu stellen ist gleich den Angehörigen von fremden Staaten, Völkern und Rassen. Deshalb lautet der 5. Punkt:

„Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen.“

6.

Der persönlichkeitslose Parlamentarismus hat zur Entsittlichung unserer ganzen öffentlichen Meinung geführt und forderte geradezu nicht die Auslese der Besten, sondern diejenigen der Skrupellosesten heraus. Diese Streber und Ehrgeizlinge sind in allen demokratisch-parlamentarischen Staaten der Typus des modernen Politikers geworden und haben sich überall in gleicher Weise als fügsame Werkzeuge der Hochfinanz und des internationalen Großhandels, in letzter Zeit auch der Industrie erwiesen, welche, um sich wehren zu können, in zwölfter Stunde auch zu dem Mittel der Organisation politischer Parteien griff, um rein private Interessen machtpolitisch zu unterstützen.

Die Geschichte der Parlamentsparteien hat die enge Verkettung all dieses charakterlosen Strebertums und der kurzsichtigen Mittelmäßigkeit mit brutaler Augenscheinlichkeit namentlich dann erwiesen, wenn ein neuer Klüngel ans Staatsruder gelangte. Systematisch in dem Geiste erzogen, Teil-, Partei- und persönliche Interessen über das allgemeine Volks- und Staatswohl zu setzen, erfolgten Ernennungen und Entlassungen auf Grund dieser dadurch begründeten Sympathien bzw. Antipathien.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus fordert der Nationalsozialismus sechstens:

„Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.

Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten."

7., 8.

Trotz der immer mehr anwachsenden Bevölkerungszahl hat auch die Reichsregierung vor 1918 es nicht für nötig erachtet, gegen den immer stärker werdenden Strom östlicher Einwanderer wirksame Mittel zu ergreifen. Unaufhaltsam zogen Ostjuden aus Polen in die deutschen Großstädte und betrieben in Banken, auf Börsen, im Zwischenhandel eine das deutsche Volk schädigende Tätigkeit. Andere wirkten auf der Bühne und in der Presse in einer unsere Rasse zersetzenden Weise, deren Folgen heute offen zutage liegen. Nebenher ging ein Einwandererstrom fremder Land- und Industriearbeiter in Ost- und Westpreußen sowohl als auch in den Bergwerken im Westen des Reiches, ohne daß die Regierung diesem Unterbieten der Arbeitsleistung des deutschen Arbeiters entgegengetreten wäre.

Dies hatte sich während des Krieges nicht geändert, nach der Revolte vom 9. November 1918 aber nahm die Einwanderung aller möglichen Elemente in einem geradezu verheerenden Maße zu. Hingegen fanden die ihres Deutschtums wegen verfolgten Volksgenossen aus Afrika, Amerika, Rußland usw. lange nicht die Aufmerksamkeit seitens der Behörden wie die einwandernden Ostjuden, welche von den novemberrepublikanischen Regierungen wie ein Augapfel behandelt wurden.

Der Nationalsozialismus betrachtet als eine der wichtigsten Aufgaben einer deutschen Reichsregierung weniger den Schutz einer Staatsform an sich und einzelner parlamentarischer politisch bankrott gewordener Minister, als die Gewährleistung eines Volksschutzes. Inwieweit Ausländer in Deutschland zu dulden sind, ist nur aus deutschen Lebensnotwendigkeiten heraus zu bestimmen. Deshalb lauten die beiden folgenden Programmpunkte:

„Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.
Jede weitere Einwanderung Nichtdeutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nichtdeutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden."

9.

Ist durch die vorangegangenen Maßnahmen dem gesamten deutschen Volk die rassisch-völkische Sauberkeit und die Sicherung seiner Interessen gewährleistet, dann erst kann die Rede davon sein, was man „Demokratie" benennt.

Das Merkwürdige und Bezeichnende an dem bisherigen Zustande deutscher Innenpolitik ist die Tatsache, daß Parteien, die das Wort Demokratie ständig im Munde führten, es zum Feldgeschrei des Novembersturzes von 1918 erhoben und von Gleichberechtigung der Juden und Enterbten in den rührendsten Tönen sprachen, zu gleicher Zeit ganzen Gruppen der Bevölkerung den brutalen Klassenkampf ansagten, ja ihn zum wichtigsten Punkt eines „Weltanschauungs"programms machten. Genauer besehen, war der Ruf nach „Demokratie" nichts anderes als die Ersetzung der Deutschen, in Politik, Wirtschaft usw. durch Juden. Der Marxismus war nicht der Todfeind des internationalen Händlerkapitals, wie er es – wenn er eine Arbeiterbewegung gewesen wäre – hätte sein müssen, sondern verfocht, im Gegenteil, die rassischen Interessen dieser (jüdischen) Hochfinanz. Bis auf heute verfolgen denn auch Marxismus und großkapitalistische „Demokratie" ein und dieselbe Politik. So kam es, daß die Börsenpresse die „antikapitalistische" Revolte von 1918 mit Jubelrufen begrüßte. Sie wußte warum! Der gewünschte Erfolg war die immer zielbewußter werdende Ausschaltung der Vertreter der deutschen Interessen, die immer schärfer durchgeführte Knebelung des volklichen Gedankens, die Errichtung von Staatsgerichtshöfen gegen die Vertreter des bewußten deutschen Nationalwillens. So entpuppte sich die „Demokratie" als das, als was sie von jeher gedacht gewesen war: unter der Losung der Gleichberechtigung aller Staatsbürger die Vorberechtigung des internationalen Bankkapitals und die Entrechtung der nationalen deutschen Intelligenz herbeizuführen.

Diesem Betrug sagt die NSDAP. den schärfsten Kampf an. Sie erklärt deshalb die Juden als ein fremdes Volk und als unfähig, Staatsbürgerrechte in Deutschland zu genießen. Sie erklärt aber ferner, daß es innerhalb des deutschen Volkes ungeachtet natürlicher Wirtschafts- und Weltanschauungskämpfe, keinen grundsätzlichen Klassenkampf geben darf, daß auch dem noch vorhandenen Standesdünkel in allen

Kreisen entgegengetreten werden muß. Eine der grundsätzlichsten Forderungen zur Versöhnung der Stände und Berufe lautet deshalb:

„Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen!“

10.

Die deutsche Auffassung von Arbeit besteht im Glauben, daß eine Tätigkeit nur dann so genannt werden darf, wenn sie geistige oder stoffliche Werte schafft oder in einer Weise vermittelt, die der Gesamtheit zum Wohl gereicht; der Nationalsozialismus erblickt in der Auffassung vom Wesen der Arbeit einen bezeichnenden Wesenszug der Völker und erklärt den Kampf der üblichen Anschauung, als sei Arbeit nur ein Mittel zum Erwerb stofflicher Güter, eine nur materielle Tätigkeit, bestenfalls eine Ausfüllung von Mußestunden. Diese geistige und seelische Einstellung bedeutet eine Verfälschung deutschen Fühlens und wurde möglich durch die vorgegangene Vergiftung des ganzen öffentlichen Lebens mittels einer vom feindlichen Gelde ausgehaltenen Presse, durch den angesichts der Überbevölkerung hervorgerufenen Konkurrenzkampf, der schlechte Instinkte an die Oberfläche rief; endlich durch die allgemeine Atmosphäre des planmäßig großgezüchteten theoretischen und praktischen Materialismus der letzten Jahrzehnte.

Der Kampf um die Seele des deutschen Volkes ist mit in erster Linie auch ein Kampf für die alte deutsche Auffassung vom Wesen und Wert der Arbeit. In der Erfüllung einer jedem Menschen im Bereich seiner Veranlagung zugewiesenen Pflicht sehen die Nationalsozialisten den höchsten Stolz und glauben, daß auch nur das Bewußtsein, seine Pflicht (seinen „Beruf“) auf seinem Platz erfüllt zu haben, jenes innere, wahre Glück zu verleihen imstande ist, das die ewige Jagd nach dem Mammon niemals geben kann.

Daraus ergibt sich aber mit Notwendigkeit das Verwerfen der sogenannten höheren im Unterschied zur sogenannten niederen Arbeit. Noch heute glauben manche Schreiberjungen, dem Handwerker und Bauern überlegen zu sein, wenn sie bessere Briefe aufsetzen können. Andererseits lebt noch in vielen Handwerkerkreisen der Haß gegen die „Geistigen“. Haben wir zur alten deutschen Auffassung zurückgefunden, so wird über diesen Rangunterschied nicht mehr gestritten werden. Jeder wird die rechtschaffene Arbeit des anderen als für das Bestehen des Volksorganismus notwendig erkennen und deshalb auch achten lernen, wobei eine größere Leistung natürlich als solche auch stärker zu feiern ist. Hiermit wird sich aber neu ein zerrissenes Band um alle Volksgenossen schlingen und damit wieder etwas erstehen, was begraben zu sein schien: der Persönlichkeitsbegriff. Das Volk wird seine großen Künstler, Feldherrn und Staatsmänner nicht mehr als ein ihm Entgegengesetztes empfinden – als welches eine Lügenpresse sie uns darstellte –, sondern, umgekehrt, als den höchsten Ausdruck seines oft dunklen, noch unbestimmten Wollens. Die großen Erfinder und Denker wiederum – wenn auch über ein Volk hinausreichend – werden doch die Wurzeln ihrer Kraft nicht mehr in der „Menschheit“, sondern im Volkstum dankbar anerkennen.

Den Beruf kann niemand einem Menschen vorschreiben, das Gesetz muß aber jedem Gemeinnützigen Bahn schaffen. Der Nationalsozialismus fordert deshalb:

„Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen."

11.

Diese 10. Forderung schließt eine andere in sich: die Verhinderung des mühe- und arbeitslosen Einkommens. Vielfach waren die Banken und Börsen nicht mehr rein wirtschaftliche, dem Staate unbeteiligt gegenüberstehende Privatunternehmen, auch nicht Staatseinrichtungen, sondern umgekehrt, die Staaten waren Puppen in der Hand der Hochfinanz geworden. Unter deren Botmäßigkeit stehen heute die Parlamente aller Welt und alle marxistischen Strömungen.

Daß sich ganze Staaten in der Hand einiger hundert Bankiers befinden und daß ihre Völker ihnen tributpflichtig sind, das nennt der Nationalsozialismus Zinsknechtschaft.

Das Wirtschaftskapital eines Landes läßt sich in zwei grundsätzlich verschiedene Kategorien scheiden: in das mit dem nationalen Boden unlösbar verbundene schaffende Industriekapital und die Landwirtschaft einerseits und in das an keinen Boden gefesselte Leihkapital. Während das erste bestimmend und herrschend im Wirtschaftsleben stehen müßte, das zweite nur in dienender Stellung, liegen die Dinge heute in der Welt meist so, daß gerade das Bank- und Börsengeld über die wirklich erzeugenden Kräfte fast restlos bestimmt und eine Verschmelzung mit ihm eingeht, die nur scheinbar eine Vereinigung darstellt, in Wirklichkeit die Unterwerfung des Unternehmers, Erfinders, Arbeitnehmers unter das Diktat des an sich unschöpferischen Leihkapitals ist. Auch das ist Zinsknechtschaft.

Dieser ungeheuerliche Zustand ist in erster Linie die Folge der Anerkennung eines gefährlichen Grundsatzes: daß nämlich der Staat als solcher zinspflichtige Anleihen bei Privatbanken aufnimmt. In Kriegen, da Millionen und aber Millionen ihr Leben für ihr Volk einsetzten, wurde es noch als besondere Freundlichkeit gewertet, wenn die Großbanken Anleihen zeichneten und dabei Zinsen dafür erhielten, die der Staat nur dadurch zahlen konnte, daß er alle Bürger mit mittelbaren (indirekten) Steuern auf die wichtigsten Dinge des täglichen Lebensbedarfes belastete. Diese Kriegsanleihewirtschaft war eine der größten wirtschaftlichen Belastungen, die Deutschland zu tragen gehabt hat.

Als Hilfsmittel der wirtschaftlichen Knechtung dient der Hochfinanz die Goldwährung. Durch Kriegsgewinne und Wucheranleihen besitzen die Großbanken heute das Goldmonopol, sind also in der Lage, die Währungen aller Völker, damit aber auch deren Wirtschaft und Politik selbstherrlich zu beeinflussen. Hier gibt es nur zwei Wege der Befreiung: Brechung des Goldmonopols der Hochfinanz durch staatliche Machtmittel oder Abschaffung der Goldwährung. Beides ist nur nach einem langen, zähen Machtkampf einer starken Volksbewegung möglich, die erkannt hat, daß die Zinsknechtschaft auch eine Folge der Form der heutigen Goldwährung darstellt.

Ferner kommt hinzu, daß dieser Feldzug gegen alle erzeugend Schaffenden aller Völker von den Hebräern, die heute in vielen Staaten eine große Zahl von Banken und Börsen leiten, mit größter Skrupellosigkeit und mit Hilfe engster internationaler Zusammenarbeit unternommen worden ist. Und da nun die jüdische Hochfinanz zu

allem andern noch als politische Druckmittel Presse und Parlamente beherrscht, so ist die Zinsherrschaft einerseits und die Zinsknechtschaft andererseits, gleichzeitig ein völkisches, politisches und wirtschaftliches Problem.

Der einzige, der sich noch dem Weltbetrug bewußt widersetzte – wenn leider auch nur theoretisch – war der Mittelstand. Seine trostlose Lage war die unmittelbare Folge der fremden Zinsherrschaft und der kulturzerstörenden marxistischen Revolte, die beiden Mühlsteine, zwischen denen das duldende geistige Deutschland (und nicht nur Deutschland) zerrieben zu werden drohte.

Nach dem Niederschlagen der nationalen Intelligenz muß notwendig auch die Zermürbung der ihrer gleichblütigen Volksgenossen beraubten Arbeiter drankommen, um als unselige, von der Hefe aller Völker beherrschten Masse ein ewiges Sklavenvolk abgeben zu müssen. Auch deshalb sagen die Nationalsozialisten rücksichtslosen Kampf der Zinsknechtschaft an!

Weil sie sich den Bank- und Börsenherren als einer politischen Macht gegenübersahen, mußte der Kampf in erster Linie einer um die politische Macht sein. Ohne sie waren alle Versprechungen nichts als blanker Schwindel und jämmerlich feige Ausreden.

Weil die feindliche politische Macht ganz überwiegend von verbündeten Börsen- und Revolutionsjuden ausgeübt wurde, waren und sind die Nationalsozialisten die schärfsten Antisemiten sowohl aus der innersten Überzeugung, daß der Jude tatsächlich den „plastischen Dämon des Verfalls der Menschheit“ darstellt, als auch aus der unerträglichen Tatsache heraus, daß ein schmarotzendes Wüstenvolk unser Schicksal zu bestimmen in der Lage war.

Ehe also der wirtschaftliche Kampf beginnen kann, muß der völkisch-politische ausgetragen sein. Alle Vorschläge vom bloßen Boykott jüdischer Warenhäuser usw. sind nichts als ein Deckmantel für Feige, die sich zum den eigentlichen Kampf herumdrücken wollen. Der Machtkampf wird sich zunächst innerhalb der deutschen Grenzpfähle abspielen. Daß viele Besitzer des beweglichen Kapitals durchschlüpfen werden, wird vielleicht nicht zu vermeiden sein. Das würde sich aber auch dann nicht umgehen lassen, wenn es sich nur um Errichtung einer Nationalregierung handeln würde, ohne angesagten Kampf an Börsen und Banken. Daß hier im einsetzenden Kampf einige spießbürgerliche Auffassungen über Bord geworfen werden müssen, ist selbstverständlich.

Es hat seinerzeit in der Judenschaft drückend gewirkt, als Bismarck die Eisenbahnen verstaatlichte und dadurch dem modernen Wegelagerertum die Möglichkeit entzog, das ganze Volk zu Tributzahlern herabzuwürdigen. Eine deutsche Regierung wird zunächst an die staatliche Kontrolle der Börsen und Banken herantreten. Sie wird das Übel an der Wurzel fassen und das Volk nicht mehr wehrlos den „300, von denen jeder jeden kennt“, ausliefern.

Was im einzelnen noch für Maßnahmen vorzunehmen sind, das läßt sich angesichts der rechtspolitischen Zustände nicht genau im voraus bestimmen. Mittel, die jetzt noch ausreichend sind, werden nach einiger Zeit schon ungenügend sein.

Da nun die ganze Frage eine zugleich nationale und internationale ist, so wäre es natürlich wünschenswert, wenn auch die anderen Völker hinter das Wesen der jüdischen Mimikry kämen und die Schlange am Genick faßten. Es ist einmal der richtige Gedanke ausgesprochen worden, daß die ganzen „Reparationsfragen“ mit einem Schlage gegenstandslos würden, wenn jedes Volk seine Bankiers, seine nur schmarotzenden, wuchernden Börsenjuden einsperren und ihr den Völkern

abgeschwindeltes Geld zum Besten der Nation, zum Besten der nationalen Industrie und Landwirtschaft (nicht etwa einzelner Industrieller oder Landwirte) verwenden würde.

Ganz richtig! Wenn man die Kirchengüter einst säkularisiert hat, wenn man Fürstengeschlechter ihre Schlösser, Gemäldegalerien usw. nahm, warum soll man volksausbeutende Hebräer nicht auch – säkularisieren!

Der Kredit würde dann von Staats wegen oder doch unter Kontrolle des Staates an den Gewerbetreibenden, den Mittelstand, den Bauern zu gewähren sein, und zwar nicht für Spekulation, sondern für schöpferische Arbeit.

Der Arbeiter sowohl wie der Mittelstand und das Bauerntum vieler Völker gehen angesichts der Herrschaft des Leihkapitals und seiner verblendeten Knechte dem Untergang entgegen. Retten kann alle nur eine bewußt völkisch-zielsichere Organisation und Erhebung mit klarer Erkenntnis des wirtschaftlichen Grundübels.

Mit dem Worte Zinsknechtschaft ist die traurige wirtschaftspolitische Lage fast aller Völker in ihrem Wesen gekennzeichnet. Überall sind zwar schon organische Gegenbewegungen im Gange, aber noch zersplittert, noch nicht zielbewußt geleitet und durch manche nur halbe Einsichten verfälscht. Die nationalsozialistische Bewegung hat als erste und einzige die bewußte neue völkisch-politisch-wirtschaftliche Front gebildet, deren Angriff allein einmal in der Lage sein wird, den goldenen Damm des Leihkapitals zu sprengen. Sie führt letzten Endes auch den Kampf für die Freiheit der anderen Völker Europas und der anderen Erdteile. Wie im Verlauf dieses kommenden Weltringens die Verhältnisse sich gestalten werden, können wir heute nicht wissen.

Deshalb ist auch einzelnes heute nicht zu bestimmen. Aber das Ziel muß unverrückbar feststehen und mit ihm die neue Richtung unserer gesamten Politik.

Daher fordert der Nationalsozialismus:

„Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft!“

12.

Den Weltkrieg kämpften nicht Söldner und einzelne Volksteile, sondern die ganze Nation. Jeder leistete an seinem Platz seine Pflicht dem Volke gegenüber. Zur gleichen Zeit aber entstand in Form der fast ausschließlich vom jüdischen Händlertum geleiteten Kriegsgesellschaften ein System der Volksausbeutung, wie es schlimmer nicht gedacht werden konnte. Die Parlamente und die politische Leitung glaubten diesen Händlergenossenschaften, Bankkonsortien und einer Reihe von ihnen angeschlossenen industriellen Unternehmungen Konzessionen machen zu müssen. Und in den Jahren, da Millionen darbten und weitere Millionen ihr Leben lassen mußten, zogen einige Zehntausende verbrecherischen Nutzen aus der Notlage des bedrängten deutschen Volkes.

Es war selbstverständlich, daß der Nationalsozialismus sofort nach seinem Hervortreten Untersuchung über den Kriegswucher verlangte und die restlose Einziehung aller Kriegsgewinne forderte. Er war jedoch damals politisch vollständig machtlos. Diejenigen aber, welche dank der „proletarischen“ Revolution über die Macht verfügten, haben keinen Finger ernsthaft gerührt, um eine gründliche und

gerechte Untersuchung einzuleiten. Nach zehn Jahren war das Kapital durch viele Hände gegangen, die Zustände haben sich geändert, viele Unternehmen sind durch die verbrecherische Inflation vom Jahre 1923 eingegangen, neue entstanden. Jedoch bleibt für den Nationalsozialismus auch seine 12. These grundsätzlich noch in voller Kraft:

„Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne."

13.

Das 19. Jahrhundert zeigt einen uralten Kampf in einem noch nie gesehenen Ausmaße: das Ringen zwischen dem Staat und dem privaten Monopol. Riesige Syndikate, Trusts, Ringe schlossen sich national und international zusammen und erzwangen durch Drohungen mit wirtschaftlichen Blockaden von den Staaten eine politische Konzession nach der andern. Heute sehen wir die Bankkonsortien und Welttrusts die Politik der meisten Länder bestimmen. Der Kampf des Marxismus gegen diese Weltvertrustung aber – abgesehen davon, daß er eine direkte Schutztruppe der Börsen und Banken darstellte – von vornherein auch sachlich unzweckmäßig, weil er mit dem staatswürgenden Privatmonopol auch dem erfinderischen, produktiven Unternehmertum überhaupt den Kampf ansagte. Diese lebens- und kulturwidrige Lehre trieb selbstverständlich alles wirklich wirtschaftlich Schöpferische in die schärfste Gegnerschaft zur Sozialdemokratie. Leider aber folgte auf diese gesunde Stellungnahme kein zweiter Schritt: der offen aufgenommene Kampf der nationalen Industrie, der Landwirtschaft, des Gewerbes gegen die internationalen Banksyndikate und die, sei es in ihrem Gefolge oder als ähnliche Zeiterscheinung, parallel mit ihnen entstehenden Trusts, Ringe. Ungewollt hat somit die vielgestaltige deutsche Wirtschaft durch eine Unterlassung die Entstehung wirtschaftlicher Bildungen unterstützt, deren Dasein auch in Deutschland zu einer Macht zu werden drohte, die sich über völkische Notwendigkeiten hinwegzusetzen vermochte. Jeder national denkende Industrielle müßte hier in einer Front mit dem Gewerbetreibenden, dem Arbeiter, dem Bauern und der ganzen breiten Masse der Verbraucher stehen. Denn die Unterstützung der Welttrusts – ob direkt oder indirekt – bedeutet die Vernichtung jeder wirklichen Nationalpolitik, die Auslieferung aller Volksinteressen an private Wirtschaftsgelüste.

So sehr also die Hingabe an die Doktrin der „Vollsozialisierung" abzulehnen ist, deren auch nur versuchte Durchführung den Tod jedes schöpferischen Unternehmertums, jeder persönlichen Existenz bedeutet, so muß doch auch der zweite Schritt im Interesse des einzelnen wie der ganzen Nation getan werden. Es gilt dem Leben zu geben, was des Lebens ist, aller wirklichen Produktivität Raum zur Auswirkung zu schaffen, Privatmonopole ohne Konkurrenz aber mit rücksichtsloser Hand zu brechen. Das alles aber kann nur ein Staat durchführen, der die völkische Grundlage zum Ausgang und die Wahrung der Interessen des Ganzen zum unverrückbaren Endziel hat.

Deshalb lautet die 13. Forderung des Nationalsozialismus:

„Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts).“

14.

Der jahrzehntelange Kampf der Sozialdemokratie gegen die deutschen „Schlotbarone“ und „Großagrarier“ war eine bewußt durchgeführte Ablenkung der öffentlichen Meinung aller Länder von der vor sich gehenden übernationalen Weltvertrustung. Der Nationalsozialismus lehnt es ab, in einem Großbetrieb an sich ein Unheil zu erblicken. Die Volksversorgung mit Rohmaterial und Fertigwaren läßt sich unter heutigen Umständen bedeutend billiger durchführen, wenn an verschiedenen Stellen des Reiches größere Betriebe diese Versorgung übernehmen. Nicht auf die Größe des Objektes kommt es an, sondern auf seine Verwertung im Dienste des Volkstums. Für die Auswirkung der Fähigkeiten einer Persönlichkeit genügen Hunderte, für die einer anderen erst Millionen. Oberste Richtschnur staatlichen Handelns ist und kann nur die Leistung sein.

Aber im Betrieb der wirtschaftlichen Unternehmungen muß einmal der Grundsatz selbstverständlich werden, daß alle in ihnen Schaffenden – Direktoren, Angestellte, Arbeiter – in festzulegenden Verhältnissen am Gewinne teilnehmen. Diese Notwendigkeit ist vielerorten schon zum Durchbruch gelangt. Makler, Direktoren, Agenten usw. sind an der Produktivität eines Werkes wirtschaftlich interessiert, sei es durch Gratifikationen, sei es durch festgesetzte prozentuale Vergütungen. Es ist deshalb eine Forderung völkischer Gerechtigkeit, daß auch der Arbeiter im Unternehmen nicht als bloße Nummer gilt, auch nicht ab und zu ein Almosen zugeteilt erhalten darf, sondern daß ihm sein Recht zuerkannt wird, teilzunehmen am Anwachsen des wirtschaftlichen Wohlstandes. Denn er leidet am Zusammenbruch eines solchen genau so wie gegebenenfalls der Unternehmer selbst, da er dabei stellenlos, brotlos wird. Wie im einzelnen die Beteiligung am Gewinne zu regeln ist, ist eine Frage, die, mit individuellen Beschaffenheiten verknüpft, nur von Fall zu Fall zu bestimmen ist. Es kann z. B. der Fall eintreten, daß ein lebensnotwendiges Werk lange nicht derartige Gewinne abwirft wie vielleicht eine Ausfuhrindustrie, die viele gute Absatzmärkte erobert hat. Es versteht sich deshalb von selbst, daß Arbeiter am ersten Werk nicht zugunsten der anderen zurückgesetzt werden dürfen. Die Gewinnbeteiligung erhebt sich also über das rein Private und Schematische zu einer wichtigen staatspolitischen Verwaltungsfrage, die im einzelnen zu besprechen Sache einer Sonderschrift sein muß, im wesentlichen aber erst durch die beim Siege des Nationalsozialismus sich ergebende Sachlage zu entscheiden ist. Grundsätzlich aber kann schon jetzt gesagt werden, daß die erste Voraussetzung auch hier die Anerkennung der Persönlichkeit aller an der deutschen Wirtschaft Beteiligten ist. Dies kann nur durch die Zustimmung zur Mitverantwortlichkeit erfolgen. Hieraus folgen die Anerkennung des Vertrauensrates, des Achtstundentages, der Säuberung des vergifteten Gewerkschaftsgedankens und eine auf Leistung eingestellte Entlohnung (wobei zu betonen ist, daß der Vertrauensrat eines Privatunternehmens ein Rat sein soll, keine regierende parlamentarische Körperschaft, wie es der Marxismus fordert und was den Verfall eines jeden Werkes nach sich ziehen müßte).

Der Einwand, daß die Arbeitnehmer, wenn sie am Ertrage eines Unternehmens beteiligt seien, auch den möglichen Verlust tragen sollen, ist nicht stichhaltig, da dies die verantwortliche Mitbestimmung aller voraussetzen würde, was ein wirtschaftlicher Widersinn ist. Daß die Gewinnbeteiligung nicht schematisch sein darf, muß nochmals festgestellt werden; man hat sich auch hier von der marxistisch-demokratischen Wirtschaftsauffassung endgültig loszusagen.

Grundsätzlich aber heißt der 14. Programmpunkt:

„Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben."

15.

Geht man von der organischen Staatsauffassung aus, erkennt man nur geistig und körperlich produktiv Schaffenden das Staatsbürgerrecht zu, so ergibt sich für den Staat die selbstverständliche Verpflichtung, alle diese Schaffenden auch als seine Mitarbeiter, Miterbauer anzusehen und eine Altersversorgung, wie sie bisher nur den direkt im Staatsdienste stehenden Personen, Beamten, Offizieren zuerkannt wurde, auf alle Staatsbürger auszudehnen. Die Idee der Volksgemeinschaft wird erst dann Tatsache werden, wenn diese Wechselbeziehung nicht als ungeheure Revolution, sondern als Selbstverständlichkeit aufgefaßt sein wird.

Die Stärke eines Staates, sagt man, liege in seinem Bauerntum. Dies war und ist auch der Fall, weil der Bauer mit all seinen Fasern an die Erde gebunden und aus ganz natürlichen Trieben bereit ist, seine Schöpfung zu verteidigen. Außerdem sieht er seine Lebensarbeit (in einem gesunden Staat) für die Nachkommenschaft gesichert und kann – zum größten Teil – mit einem friedlichen Lebensabend rechnen. In einem ähnlichen Verhältnis stand in früheren Zeiten auch der Handwerker, der doch eine Werkstatt oder ein Haus sein eigen nannte, was eine Sicherung des Alters bedeutete.

Die moderne Zeit rückte nun aber verschiedene große gesellschaftliche Schichten in soziale Lagen, wo dies alles nicht mehr zutraf. Die Vergrößerungen der Heere, die Verzweigungen der Staatsverwaltung schufen besitzlose Stände, die Offiziere und Beamten. Es war die Großtat Friedrichs des Einzigen, hier das durchgeführt zu haben, was ihm damalige Kritiker als Wahnsinn auslegten, der den Zusammenbruch der Finanzen seines Staates nach sich ziehen würde: er verordnete die Pensionierung, die Sicherung des Alters für diese besitzlosen Stände. Diese Tat der Gerechtigkeit hat nicht nur nicht die Finanzen erschüttert, sie wurde im Gegenteil die Grundlage des deutschen Staates; sie allein vermochte den Pflichtbegriff des einzelnen zum sicheren Erlebnis ganzer Geschlechter umzugestalten. Die Durchführung der Gegenseitigkeit der Pflichten von Staat und Staatsbürger bildete in diesem Fall ein mustergültiges Beispiel.

Als das Zeitalter der Maschine über Europa hereinbrach, geriet eine neue breite Bevölkerungsschicht des sich stets vermehrenden Volkes in eine besitzlose soziale Stellung: der Land- und Industriearbeiter.

Wurzellos, heimatlos geworden, fielen die Lehren des Internationalismus bei ihm auf guten Boden, und es fand sich leider kein Friedrich der Große mehr, der hier grundsätzlich diese ganze Gesellschaftsschicht auf die gleiche Stufe mit dem Beamtentum gestellt hätte. Zwar hat der deutsche Staat auch hier tausendmal mehr

an sozialer Arbeit geleistet als die von den „deutschen“ Arbeiterführern gepriesenen korrumpierten „großen Demokratien des Westens“ – die Alters- und Unfallversicherungen, die Krankenkassen usw. waren ausgezeichnet –, aber trotzdem herrschte eine Unzufriedenheit, die innerlich berechtigt war. Denn wenn auch der Industriearbeiter die soziale Hilfe annahm, so geschah es doch in dem Gefühl, etwas zu erhalten, was vom Geber als Almosen angesehen wurde. Im übrigen fühlte er sich auch fernerhin als leblose Zahl im Getriebe der Wirtschaft und Politik, als ein Sklave, den man zwar unterhält, um ihn aber nach dem Kräfteverbrauch – liegen zu lassen. (Es kann dabei hier ganz außerhalb der Behandlung bleiben, inwieweit das doch liberalistische System der sozialen Fürsorge usw. sich schädigend ausgewirkt hat.)

Das gesamte soziale Problem der Jetztzeit wird nie und nimmer gelöst werden, ehe nicht diese innere Ungerechtigkeit vom Staat offen als solche anerkannt und als seine Pflicht erklärt wird, auch die Altersversorgung des in Fabrik, Werkstatt und auf dem Lande tätigen besitzlosen Arbeiters zu übernehmen. In diesem Augenblick wird die innere Voraussetzung dafür entstehen, daß das zerrissene völkische Einigungsband dauernd wiederhergestellt werden kann. Ein Arbeiter, der weiß, daß ihn im Alter nicht das Elend erwartet, nachdem er seine Kräfte im Bergwerk oder vor der glühenden Lohe hergegeben hat, ist erst dann imstande, seine Pflicht der Allgemeinheit gegenüber innerlich anzuerkennen, wenn auch diese die ihrige ihm gegenüber durch eine greifbare Tat zum Ausdruck bringt.

Ein Volk, welches aus diesem fanatisch nationalistischen und fanatisch sozialistischen Gedanken heraus – durchaus unsentimental und ohne Aufzucht minderwertigen Materials und Errichtung von Idiotenanstalten – das Problem der Altersversorgung löst, dieses Volk wird einmal den stolzesten Staat schaffen, es wird Bürger erziehen, die bereit sind, sich bewußt und freudig mit ihrem Leben für den Bestand des Staates, ihres Volkes einzusetzen. Ein solches Volk wird einst an der Spitze der kommenden europäischen Auferstehung marschieren.

Man wird auch heute wieder angesichts solcher Grundsätze den Zusammenbruch der Finanzen prophezeien, aber man vergißt, daß die ganze volksschädigende Anleihewirtschaft mit den Zinsansprüchen der internationalen Privatbanken dem Volke schon mehr gekostet hat, als eine Altersversorgung aller besitzlosen Werkarbeiter je ausgemacht hätte. Die Durchführung der Altersversorgung aber hätte weiter zur Folge, daß der Kreis der an der ganzen Zinswirtschaft Interessierten verringert und das Ideal des Rentnertums dahinschwinden würde.

Aus diesen Einsichten heraus lautet der 15. Programmpunkt grundsätzlich:

„Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.“

16.

Die marxistische Ideologie stellt die Vernichtung des Mittelstandes als „Naturgesetz“ hin. Tatsächlich vollzog sich diese Vernichtung seit Jahrzehnten und ging nach 1918 in beschleunigtem Tempo vor sich. Nicht aber, weil hier ein Naturgesetz waltete, sondern weil ganze Geschlechterfolgen Grundsätze sich zu eigen machten, die zu dieser Auswirkung führten. Wäre der Kampf des Marxismus

gegen die Weltvertrustung ein echter und grundsätzlicher gewesen, so hätte er den ganzen Mittelstand – den Gewerbetreibenden, den Bauern, den Beamten, die Intelligenz, den Künstler – zum Kampf aufrufen müssen. So aber hat er zum Besten der planmäßig durchgeführten Verelendungspolitik der internationalen Syndikate seine Verelendungstheorie geschaffen, die wenige Weltmilliardäre und einen rasselosen, richtungslosen Menschenhaufen – die Proletariermassen – züchten mußte. Durch die jedem wirklich denkenden Menschen als lebens- und kulturfeindlich erscheinenden Gedanken des Marxismus (Eigentumsleugnung, Verneinung von Volkstum und Persönlichkeit, materialistische Natur- und Geschichtsauffassung usw.) wurde die nationale Intelligenz geradezu aus der an sich organischen Arbeiterbewegung hinausgetrieben, leider ohne daß sie imstande gewesen wäre, ihre ganze Energie zur Aufklärung des marxistisch-börsianischen Betrugs einzusetzen. So entstanden, von der „Arbeiter"partei nicht gehindert, neben den Syndikaten, Trusts auch die Großwarenhäuser, diese Zeichen einer niedergehenden Ramschwirtschaft, diese Zwingburgen für Vernichtung jedes schöpferisch gewerbetreibenden Lebens. Hierher gehört auch die Frage der Angestellten. Dieser Stand war wie alle anderen Berufe ebenfalls zwischen den Marxismus und das Großkapital geraten und mußte sich wie die Handwerker gewerkschaftlich organisieren. Um auch diesem Stand wieder die Lebensnotwendigkeiten zu sichern, muß die politische Front geändert werden. Deshalb heißt der 16. Punkt des Programms:

„Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Großwarenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.“*

17.

Zum Problem der Bodenreform haben sich viele verdienstvolle Forscher geäußert, doch setzt die Durchführung auch der besten Vorschläge eine eiserne Diktatorenfaust voraus, die allein imstande ist, zum Besten aller Schaffenden die Interessen bloßer Nutznießer volksschädigender Grundsätze zu unterdrücken.

Der Boden, auf dem ein Volk lebt, ist begrenzt, das Volk selbst aber wächst. Der Anspruch auf Grund und Boden steigert sich demnach in Stadt und Land, und der steigende Wert dieses Bodens liefert seinem zufälligen Besitzer ein ohne jegliche Arbeit erlangtes Vermögen und Renten. Das ist der Bodenzins, der seinerseits wieder Ziel der heute ins Riesenhafte gehende Bodenspekulation geworden ist. Dieser arbeitslose Ertrag ist scharf zu scheiden von dem Arbeitsergebnis des Landwirts, des Industriellen, deren erhöhte Einnahmen bei zunehmender Leistung nur die sittlich gerechtfertigte Folge werteschaffender Tätigkeit sind.

Die Spekulation auf den Bodenzins aber hatte den Ankauf großer Landstücke zur Folge, die ungehindert brach liegen bleiben konnten, ohne Rücksicht darauf, ob das Volk einer Ansiedlungsmöglichkeit bedurfte oder nicht. Diese Landsperre förderte die Abwanderung in die Städte, was wiederum dort den Bodenpreis in die Höhe

---

* Daß bei der weitgehenden wirtschaftlichen Verflechtung hier nur schrittweise vorgegangen werden kann, ist klar. Zunächst mußte mit der Entjudung begonnen werden.

trieb. Ebenfalls zum Besten der Grundstücksspekulanten, die ohne jegliche Mühe aus allgemeiner völkischer Notlage ihren unverdienten Gewinn herausschlugen. Dieser Bodenwucher, der das Land entvölkert, das Volk entnationalisiert, proletarisiert, zum wurzellosen Nomadentum des Asphaltmenschen gezüchtet hat, ist mit eine der tiefsten Ursachen unseres jämmerlichen Zeitalters gewesen. Hinzu kommt noch die Ungeheuerlichkeit, daß es jedem Ausländer freisteht, in Deutschland Grund und Boden zu erwerben und damit nach Belieben zu schalten und zu walten.

Am Anfang jeder Bodenreform hat eine feierliche Erklärung zu stehen, daß der Boden grundsätzlich als Eigentum des ganzen Volkes, des Staates anzusehen ist. Er ist etwas, was durch keine Menschenhand erschaffen ist, und jeder, der ihn bearbeitet, hat sich dessen bewußt zu sein, daß er nicht nur ein recht auf ihn besitzt, sondern auch eine Pflicht dem ganzen Volke gegenüber. Es muß Grundsatz eines völkischen Staates werden, daß der Boden nicht nur eine Ware bleiben darf, mit welcher der Mensch nach Belieben spekuliert. Jeder Kauf und Verkauf des Bodens (nicht der Erzeugnisse) muß deshalb durch die Hände und unter Kontrolle des Staates gehen. Nur auf diese Weise kann die Bodenspekulation, geboren aus demselben Geist wie die Spekulation an der Börse, wirksam bekämpft werden. So kann aber auch allein der Bodenzins mit seinen Auswirkungen beseitigt werden.

Diese Forderung klingt vielen, in römischen Gesetzesvorstellungen Befangenen ungeheuerlich und ist doch nur die Anerkennung des altdeutschen Rechtsgrundsatzes, daß die Besitzänderung des Grund und Bodens vor der Öffentlichkeit vor sich zu gehen hat (woraus für uns sich auch die Forderung der Aufhebung der Anonymität der Aktiengesellschaften ergibt).

Der heutige Bodenbesitzer bleibt dabei ein vom Staat anerkannter Eigentümer seines Grund und Bodens und soll es bleiben, solange die Verwertung desselben nicht zum Schaden für die Allgemeinheit ausartet.

Die Anerkennung der Oberhoheit des völkischen Staates – bei aller grundsätzlichen Anerkennung des privaten, rechtmäßig erworbenen Eigentums – über sein gesamtes Gebiet wird von den Feinden des deutschen Staatsgedankens als ein „kommunistischer Grundsatz“ verleumdet und zum Zwecke der Verhetzung des Bauern und des Gutsbesitzers gegen den Nationalsozialismus ausgenutzt. In Wirklichkeit bedeutet unsere Forderung nur den Schutz des echten, schaffenden Landwirts gegenüber spekulierenden Großkapitalisten, aber auch den Versuch, ihn dafür an seine Pflichten (als ein dem Ganzen dienendes Glied unter anderen dem Volk gegenüber) zu erinnern. Für den Staat ergibt, umgekehrt, wiederum die Verpflichtung, die Landwirtschaft zu sichern, den Zwischenhandel möglichst zu verringern. Der Staat soll aber Herr und nicht Diener einzelner Gruppen oder gar volksschädigender Gelüste sein. (Das Erbhofgesetz des neuen Reiches ist hier eine revolutionäre Tat gewesen.)

Grundsätzlich lautet der 17. Programmpunkt des Nationalsozialismus deshalb:

„Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation[*]*.“*

---

[*] Aus Kreisen gewisser Agrargruppen wird verleumderisch die eigentumsfeindliche Einstellung des Nationalsozialismus behauptet, um den Zustrom zur neuen Volksbewegung zurückzuhalten und von

18.

Setzt man wirklich und wahrhaftig Wohl und Wehe des gesamten schaffenden Volkes über andere sogenannte Grundsätze, so kann ein Kampf gegen Volksausbeuter und Wucherer nur mit ungehemmter Rücksichtslosigkeit geführt werden. Namentlich damals um 1918, da eine angeblich revolutionäre Hochflut alle früher noch zurückgedämmten Instinkte entfesselt hatte. In solchen Zeiten helfen erfahrungsgemäß keine halben Maßregeln, sondern nur eine Reihe abschreckender Exempel. Das Leben ausgewucherter Millionen ist mehr wert als dasjenige einiger tausend Ausbeuter. Wer in Zeiten der Not gegen die Todesstrafe für Wucherer auftritt, zeigt, daß alle seine Reden von Volkswohlfahrt, Humanität usw. nichts weiter sind als gemeine Lügen, um entweder Feigheit der Gesinnung oder Verbundenheit mit dem Ausbeutertum zu verdecken. Das Verhalten marxistischer Arbeiterführer in dieser Frage beleuchtete die Sachlage mit einem grellen Schlaglicht…

Für den Nationalsozialismus gibt es nur ein Interesse: dasjenige des geistig und körperlich produktiv schaffenden Menschen. Deshalb lautet der 18. Grundsatz für alle Zeiten, namentlich aber in Epochen sozialer Krisen:

„Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.“

19.

Die Zinsherrschaft, die Privatmonopole, die Bodenspekulation und ähnliche Auswüchse unseres Zeitalters wären selbst dann nicht mit Erfolg zu unterdrücken gewesen, wenn sich rein wirtschaftliche Gruppen in der Erkenntnis der Gefahr zu ihrer Bekämpfung zusammengeschlossen hätten. Denn hinter den internationalen Syndikaten stand ein mächtiger Faktor, die Wurzel, aus der sie die Kraft saugten: das spätrömische Recht.

Dieses seelenlos und unvölkisch fortgebildete Erzeugnis des späten syrisch-römischen Zersetzungsprozesses hat den ungeheuerlichsten Volksausbeutungen noch den Titel des Rechts verliehen. Das Interesse des einzelnen wurde zum Götzen erhoben und ihm alle Möglichkeiten der Verteidigung zur Sicherstellung seiner

---

den eigenen Sünden abzulenken. Zu diesen Versuchen hat Adolf Hitler folgende Erklärung veröffentlicht:

> „Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP. von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig: Da die NSDAP. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus ‚Unentgeltliche Enteignung‘ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohles verwaltet wird, wenn nötig zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulations-Gesellschaften.
>
> München, den 13. April 1928.
>
> gez. Adolf Hitler.

sogenannten „Rechte“ gewährleistet. Ob die Rechte der Allgemeinheit dadurch gefährdet waren, war gleichgültig.

Das alte geltende Recht kannte nicht den Begriff staatlicher und völkischer Ehre. Es ließ zu, daß diese widerstandslos in Rede und Presse in den Kot gezogen wurden. Es billigte einem einzelnen Verteidiger dieser völkischen Ehre sogar nicht die Vertretung berechtigter Interessen zu, da ihn eine Beschimpfung des Volkes als einzelnen ja nichts anginge! Ein wirkliches deutsches Volksrecht hat aber in erster Linie dazu da zu sein, Ehre und Würde der völkischen und staatlichen Gemeinschaft als oberste Richtschnur seines Urteilens anzuerkennen. Bei allen Prozessen wäre zu berücksichtigen, ob Kläger oder Beklagter diese vertreten oder geschädigt haben; erst in zweiter und dritter Linie, ob berechtigte Einzelinteressen verletzt wurden.

Aus dieser neuen Einstellung ergibt sich die Notwendigkeit einer Neugestaltung der ersten Grundsätze unseres gegenvölkischen Rechtskodex'. Kein Zurückgreifen auf überlebtes Altertum und Mittelalter, wie es einige Schwärmer wünschen, sondern ein den modernsten Bedürfnissen angepaßtes, aber Volks- und Rassenschutz als oberste Richtlinie anerkennendes Rechtwesen tut Deutschland not. Ein Recht, in welchem nicht materielles Interesse, persönliche Vorteilsvertretung ausschlaggebend sind, sondern ideelle Werte.

Daraus ergibt sich aber auch die Einsetzung eines ständigen völkischen Staatsgerichtshofes, bestehend aus den erfahrensten Persönlichkeiten des unabhängigen Richterstandes.

Jedermann, der eine Summe Geldes zur Verwaltung erhält, wird bei ihrer Vergeudung vor Gericht zur Verantwortung gezogen; jedermann, der die Ehre des einzelnen angegriffen hat, kann vor den Richterstuhl gezwungen werden, nur die Häupter des früheren parlamentarischen Systems als politische Auswirkung des mammonistischen Zeitalters konnten durch ihre Politik das ganze Volksvermögen vergeuden, sie konnten die Nationalehre preisgeben, ohne irgend jemand Rechenschaft darüber ablegen zu müssen. Unter dem Schutz der unsittlichen Immunität durfte sich ein Abgeordneter die frechsten Anpöbelungen des deutschen Volkes erlauben, die schlimmsten Denunziationen der eigenen Nation an die Adresse der Feinde des Staates aussprechen, ohne befürchten zu müssen, vor den Richter geladen zu werden. Hatte ein Minister Schiffbruch gelitten, so trat er, schlimmstenfalls, zurück und verzehrte in Ruhe seine Ministerpension. Niemand fragte im Zeichen der Demokratie danach, warum der kleine Vergeuder ins Gefängnis kam, der große „Politiker“ aber ohne jede Untersuchung – es sei denn bei offenkundigem, vom Feinde bezahltem Landesverrat – selbst nach unleugbarem Zusammenbruch seiner Politik frei davonkam. Hier hatte der neue Staat einzugreifen; seine Gesetze zeugen heute für ihn.

Diese Maßregeln sollen und werden es verhindern, daß ehrgeizige Spekulanten die Posten des Parlamentariers und Ministers als bequeme Einnahmequellen oder als Mittel zu Befriedigung des persönlichen Ehrgeizes ohne Verantwortung ansehen; es wird dann eine wirkliche Auswahl der Führer stattfinden. Wer von seinem Können überzeugt ist, wird auch die Verantwortung für seine Taten übernehmen; die anderen werden fernbleiben – und sollen es auch.

Ehre und Würde eines Volkes sollen in einem völkischen Staate nicht vogelfrei sein wie unter dem spätrömischen Recht, sondern wieder bestimmende Kräfte darstellen im Leben des einzelnen sowohl wie im Leben des Volksganzen.

Aus diesen Einsichten heraus lautet der 19. Grundsatz des Nationalsozialismus:

„Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemein-Recht."

20.

Das Kostbarste, worüber ein Volk verfügt, sind seine großen Männer. Gelangen solche Begabungen nicht zur Auswirkung ihrer Fähigkeiten, so zeigt dies, daß die Verhältnisse die denkbar volksfeindlichsten sind (es sei denn, daß das Volk schon überhaupt unfähig ist, große Männer zu zeugen). Die führende, völkische Intelligenz kann kein Volk missen, ohne, als Volk, unterzugehen. Sie bilden die Blüte der Nation, die Merkpfähle ihrer Größe und ihres Wesens, die Verkörperung dessen, was man Volksseele nennt.

Die Pflege dieser geistigen Energien hat als selbstverständliche Pflicht auch des Staates zu gelten. Zwar wird das nie in Schablonen zu pressende Leben für Sturm und Drang eines jeden drängenden Wesens sorgen; zwar wird das Genie stets sich gegen Widerstände aller Art durchzusetzen haben, aber gewisse Voraussetzungen für die Möglichkeit seiner Entfaltung überhaupt müssen gegeben werden. Da ist nach dem Abschluß des innerpolitischen Kampfes die restlose Beseitigung des jüdischen Elements in allen Kulturanstalten, Schulen, Hochschulen, Akademien usw. zu fordern, deren durch die jüdische Finanz unterstützter Boykottring eine katastrophale Überfremdung aller geistigen Berufe herbeigeführt hatte und die Möglichkeit der Konkurrenz nahezu ausschaltete. Ferner wird der Schulunterricht im völkischen Staate weniger dem blutleeren Humanismus huldigen als den Lebenskräften der Gegenwart seine Aufmerksamkeit zuzuwenden haben. Durch Volksgeschichte soll wieder zusammengeschlossen werden, was durch wurzellose Menschheitsideale unsere Intelligenz vom Leben weg zu verknöchernder Spezialisierung und gelehrtenhafter Verkapselung hinführte.

Der deutsche Staat wird mit allen Mitteln das Emporkommen geistiger Energie und Charakterwerte aus den – soweit sie gesund sind – „untersten" Schichten fördern in der Erkenntnis, daß nur dieses die Erstarrung und Schematisierung des nationalen Lebens zu verhindern in der Lage ist.

Gesetze können nichts erzeugen, sondern nur Wege freimachen. Daß sie aber überhaupt leidenschaftlich vertreten werden, ist ein Zeichen erwachenden Willens und neuer Erkenntnis. Deshalb lautet der 20. Programmpunkt des Nationalsozialismus:

„Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten."

21.

Als eine andere Voraussetzung der Erhaltung und Förderung deutscher Volkskräfte hat natürlich Mutter- und Kinderschutz zu gelten. Das 19. Jahrhundert hat auf diesem Gebiet fürchterliche Verheerungen angerichtet, und namentlich die plutokratischen Demokratien des Westens haben einen unentschuldbaren Raubbau an den Kräften der Völker getrieben. Volkskraft galt und gilt dort auch heute noch nur als eine Zahl in der rein wirtschaftlichen Berechnung, und wenn hier nicht die eiserne Hand einer wirklich deutschen Regierung eingreift, so wird in absehbarer Zeit deutsche Volkskraft versiegen, deutsche Erfinderkraft erlahmen, und ein Heer müder Männer, verkümmerter Kinder und abgezehrter Mütter werden die traurigen Überreste eines einst kraftvollen Volkes darstellen. Hier Wandel zu schaffen, muß sehnlichster Wunsch eines jeden Deutschen sein. Deshalb lautet die 21. auch ihrer Verwirklichung entgegengehende Forderung:

„Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigenden Vereine."

22.

Ohne Zweifel hatten Millionen von Deutschen am alten Deutschland manches auszusetzen, und doch zeigte es sich, daß trotz vieler Mängel des vorrevolutionären Staates selbst diese Millionen bereit waren, ihr Gut und Blut fürs Deutsche Reich herzugeben. Es ist sicherlich manches auch am alten Heere zu bemängeln gewesen, und doch war dieses Heer derjenige Fels im trüben Morast des Händlergeistes, wo Ehre und Pflicht nicht Dinge waren, über die ein welterfahrener Europäer lächelte, sondern treibende Kräfte des Lebens. Diese Ideen, straffe Manneszucht und das Bewußtsein völkischer Zusammengehörigkeit haben die Männer aus ihrer Dienstzeit mit heimgebracht und auf ihre Umgebung übertragen. Und wer nicht im Heere war, hat doch die Auswirkungen dieser Manneszucht an sich selbst verspürt.

Gegen dieses organisch gewachsene deutsche Volksheer hatten sich seit Jahren alle äußeren und inneren Feinde Deutschlands gerüstet, und die Wehrkraft wurde – unter dem Schutz des widerdeutschen Liberalismus und der römischen Gesetzesauffassung – ungestraft verleumdet, denunziert, den Feinden zum Spott vorgeworfen. Das System des deutschen Heeres war das schönste Beispiel deutschen Staatsbürgerbewußtseins, die auftretenden Fehler aber waren nicht Folgen dieses Systems, sondern die Ansteckungskeime gerade aus dem Geisteslager, in dem sich die Gegner des deutschen Volkesheeres befanden. Das materialistische Gift, die unvölkische Denkungsart, das aufkommende Protzentum, das alles waren Dinge, welche im Zeitalter der Börsenherrschaft, des Parlamentarismus, des hemmungslos waltenden Wirtschaftsbetriebes entsprossen waren, nicht dem soldatischen Heldengeist, der Deutschlands Einigkeit geschaffen hatte.

Die Diktatoren von Versailles wußten, was sie taten, als sie das deutsche Heer abschafften und eine Söldnertruppe einsetzten. Und ihre marxistischen und

demokratischen Freunde in Deutschland wußten gleichfalls, warum sie alle Entwaffnungsforderungen der Entente unterstützten, ja diese direkt forderten. An Stelle des Pflichtbewußtseins und des Ehrbegriffs sollte klingende Münze treten, der Geist der Demokratie! Aber trotz allem Verrat lebte auch im Zwischenreich noch der alte Charakter weiter, trotz der Schmach und der Schande der Zeit.

Deutschland steht jetzt in einer äußerst schwierigen weltpolitischen Lage. Trotzdem gilt es für jeden – ob Arbeiter, ob Beamter, ob Politiker –, den Willen nie einschlafen zu lassen und die Überlieferungen aus großer Zeit wieder ins Leben zurückzurufen. Nicht, um Welteroberungen zu vollbringen, sondern um den Ehr- und Pflichtbegriff wieder hochzuzüchten gegen die Korruption der heutigen Welt. Deshalb lautet der 22. von Adolf Hitler verwirklichte Satz des Nationalsozialismus lakonisch:

„Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres."

23.

Kein Mittel zur Irreleitung und Verhetzung der Völker hat sich als ein so furchtbares erwiesen wie die Presse.

Ihrer ganzen liberalen oder nur oberflächlich nationalistischen Einstellung gemäß hatten alle vorrevolutionären deutschen Regierungen ein Mittel, bewußt das eigene Volk auf seine ureigensten Interessen aufmerksam zu machen, übersehen. Andererseits aber duldeten sie es, daß eine deutschfeindliche Börsenzeitung nach der anderen entstand, in deren Leitung kein einziger Deutscher saß, eine Presse, die hinter der Lüge, für Fortschritt und Freiheit zu kämpfen, die weitesten Kreise mit Anschauungen vergiftete, wie sie den rassischen und wirtschaftspolitischen Interessen der Juden und der oft mit ihnen im engsten Zusammenhang stehenden Kreise feindlicher, sich zum Kriege gegen Deutschland rüstender Staaten genehm waren. Diese Blätter sind es gewesen, die in allen großen Hotels und Reisebüros des Auslandes auslagen und eines der wichtigsten Mittel zur Förderung der feindlichen Propaganda wurden. Diese Blätter waren es auch, welche den „fortschrittlichen Geist" des Westens priesen, den sogenannten „Militarismus" Deutschlands aber anschwärzten, zur gleichen Zeit, da die anderen Nationen prozentual doppelt und dreifach stärker gerüstet waren als das deutsche Volk. Diese Blätter waren es, welche ganz bewußt jahrelang die Einkreisung Deutschlands förderten und durch fortgesetzte Beschimpfung der für diese Einkreisung noch nicht gewonnenen Staaten auch sie in ein deutschfeindliches Bündnis hineintreiben halfen. Diese Blätter waren es aber auch, welche zu gleicher Zeit das deutsche Volk einlullten und die Warner vor dem Sturm als reaktionäre Hetzer verschrien.

Versorgt wurden diese demokratischen und marxistischen Zeitungen durch internationale – fast ganz in jüdischen Händen befindliche – Nachrichtenbüros, deren Tendenz der eingeschlagenen Richtung entsprach: Einlullung und Einkreisung Deutschlands.

Mit einer staunenswerten Duldsamkeit hatte das deutsche Volk dieses Gebaren hingenommen und war geneigt, jedem Blatte der Börsen- und Marxistenpresse zum mindesten Aufrichtigkeit und guten Willen zuzuschreiben. Es ließ sich langsam

vergiften und brach schließlich, ausgehöhlt, des Glaubens an sich selbst beraubt, zusammen.

Daß das vergossene Blut von zwei Millionen deutscher Helden in allen Weltteilen scheinbar nutzlos geflossen war, ist mit in erster Linie Schuld der Leute, für die der Ausdruck Pressecanaille noch viel zu milde ist. Wenn einmal wieder ein Deutsches Reich bestehen soll, so ist dafür die unumgängliche Voraussetzung, daß alle diese Giftzentralen ausgetilgt und die noch lebenden schuldigen Pressebanditen zur Verantwortung vor einen deutschen Gerichtshof gezogen werden (was heute geschehen ist).

Der Nationalsozialismus vertritt die Anschauung, daß alle erhaltenden und alle drängenden geistigen Bewegungen innerhalb des deutschen Volkes das selbstverständliche Recht besitzen, sich frei zu äußern. Aber ebenso selbstverständlich ist die Voraussetzung, daß das Ziel aller dieser verschiedenen bekundeten Willensrichtungen nur das Wohl und die Förderung des deutschen Volkes ist. Ein anderes Ziel ist nicht lebensberechtigt im Deutschen Reich, und Vertreter einer Richtung, welche die deutsche Nation oder Teile derselben nur als Mittel zur Erreichung internationaler Machtziele benutzen, verlieren selbstverständlich das deutsche Staatsbürgerrecht, gegebenenfalls auch das Staatszugehörigkeitsrecht.

Hat man sich ferner die Erkenntnis zu eigen gemacht, daß der Neger oder Jude seinem innersten Wesen nach nur er selbst, nicht Europäer sein kann, folglich auch – instinktiv sowohl als bewußt – ganz andere geistige, politische, rassische Zwecke verfolgt, so leiten alle diese auf allen Gebieten des Lebens sich gleichbleibenden Einsichten zur 23. Forderung:

„Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß:

a) Sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen.

b) Nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden.

c) Jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung einer solchen Zeitung sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich.

Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt, und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.“

24.

Es war der Traum des 18. Jahrhunderts, daß alle Völker eigentlich dasselbe wollten und sich wesentlich gleich seien. Dieser Traum ist heute zwar zerstört, doch versuchte die internationale Presse in Deutschland noch immer, die alten Flitter gegen neu aufkommende Erkenntnis zu retten. Wir wissen heute, daß weder Sitten noch Religionen der Rassen und Völker sich auf einen Nenner bringen lassen, daß

das „Menschentum“ nur ein vielleicht lockendes, schönes Phantasiegebilde ist, wie wir es uns denken; daß aber das, was wir gut nennen, den andern als böse gilt, was wir mit Gott bezeichnen, dem andern als der Teufel erscheint. Staatspolitisch jedoch muß die erste Bedingung die Freiheit der religiösen Bekenntnisse sein, schon allein aus dem Gesichtspunkt heraus, daß die Unterdrückung eines politisch neutralen seelischen Erlebens eben durch Unterdrückung zu einem politisch eingestellten werden kann.

Sittlichkeit ist durchaus rassisch bedingt und nicht abstrakt katholisch, protestantisch, moslemisch. Deutsche Sitte ist germanisches Lebensgefühl, dem sich das Christentum angeglichen hat. Pflicht eines jeden Deutschen und somit des deutschen Staates ist es deshalb, die arteigene Sitte und Sittlichkeit zu pflegen und, wo diese mißachtet worden ist, sie wieder durchzusetzen.

Es wird folglich von seiten des Staates an die Anerkennung moralischer und religiöser Gemeinschaften die Voraussetzung zu knüpfen sein, daß die sittlichen Grundsätze der betreffenden Gemeinschaften nicht dem deutschen sittlichen und sozialen Gefühl zuwiderlaufen. Daß dies z. B. beim Judentum der fall ist, steht heute wissenschaftlich außer Zweifel. Es wird aber noch einer vom Staate durchzuführenden Feststellung bedürfen, inwieweit und an welchen Stellen der Talmud, der Schulchan-Aruch z. B. Betrug der Juden an Nichtjuden zulassen bzw. direkt religionsgesetzlich vorschreiben.

Bedauerlich ist immer gewesen, daß nicht selten die Interessen einer Konfession über die Vertretung des gemeinsamen Christentums gestellt wurden, ja daß sogar, wenn es sein mußte, dies gegen die Interessen des ganzen Volkes – also die Angehörigen der betreffenden Konfession einbegriffen – vertreten wurden, wie es z. B. das Zentrum stets getan hat. Genau wie die Politik des Klassenkampfes, wie das unsichtbare Gesetz des Kastenwesens, so ist eine Vermengung von Politik und Konfession der Versuch einer mit allen Mitteln zu bekämpfenden Zerschneidung des lebendigen Volkskörpers. Und nun gar politische Parteien direkt zur Vertretung konfessioneller Interessen zu gründen, war ein Verbrechen an unserem ganzen Volk, dessen Folgen u. a. auch zum 9. November 1918 führten, um so mehr als auch die Konfession zuletzt sich nur als Aushängeschild erwies, hinter dem rein politische Machenschaften und wirtschaftliche Schiebungen übelster Art vollzogen wurden. Es ist dafür zu kämpfen, daß solche zersetzenden Bestrebungen bei einem späteren Geschlecht direkt als Hoch-, Volks- und Landesverrat empfunden werden.

Der Gedanke, der allein imstande ist, alle Stände und Konfessionen im deutschen Volk zu einen, ist die neue und doch uralte völkische Weltanschauung, fußend auf dem nur verschütteten deutschen Gemeinschaftsgeist. Diese Weltanschauung heißt heute Nationalsozialismus.

Aus diesen Erkenntnissen heraus lautet der 24. Punkt des nationalsozialistischen Programms:

„Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.

Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-marxistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage:

Gemeinnutz vor Eigennutz."

25.

Wie schon gesagt, ist die Durchführung auch der geringsten volksbefreienden Maßnahmen durch irgendein Parlament vollständig ausgeschlossen. Sämtliche Parlamente stehen heute in direkter bestenfalls indirekter Abhängigkeit von der alle Völker knechtenden Hochfinanz und den ihr angeschlossenen großen Trusts. Deren Herrschaft baut sich aber auf der Verelendung des Volkes auf. Die Abgeordneten vertreten nicht die Interessen des Volkes, sondern derjenigen Wirtschaftskreise, welche die Wahlen für sie bezahlt haben. Noch tragischer wird der ganze Zustand durch die Tatsache, daß dem Parlament keine „verfassungsmäßigen" Gegenkräfte gegenüberstehen. Die Minister werden von den Mehrheitsparteien bestellt, abberufen und sind verantwortungsloser, als je ein Tyrann es war. Denn jeder Minister kann sich auf den sakrosankten Beschluß der Mehrheit der „Volksvertretung" berufen, wird also zu verantwortungslosem Handeln geradezu herangezüchtet. Das anonyme Parlament ist heute im parlamentarischen Staat in allen Staatsangelegenheiten de facto Gesetzgeber, ausführendes Organ und Richter in einer Person, ohne daß es eine Instanz gäbe, die eine wirkliche im Interesse des Volkes gelegene Kontrolle ausübte.

So entwickelte sich das eigentliche Leben der deutschen Nation im Zwischenreich vollkommen außerhalb der Volksvertretungen. Alles Aktive hatte längst den Glauben an Parlamente und Mehrheitsbeschlüsse verloren. Der wurzellose unvölkische Gedanke des demokratischen Parlamentarismus lag trotz aller anderen Beteuerungen im Sterben und fand keine Anhänger mehr, die bereit waren, für diese Verfassungsreform auf den Barrikaden ihr Leben einzusetzen. Keine Propaganda konnte diesen Leichnam mehr beleben.

Die Scheidung der Geister vollzog sich mit unbeirrbarer Folgerichtigkeit. Die von der Demokratie Enttäuschten zogen zur Sozialdemokratie, die mit dieser Unzufriedenen rückten, je tatkräftiger sie waren, um so energischer in die Sturmkolonnen des staatszerstörenden Kommunismus ein. Hier liegt die letzte Konsequenz des sich zersetzenden Parlamentarismus.

Auf der andern Seite aber sammelten sich alle diejenigen Aktiven, welche das ganze verlogene, volksfeindliche parlamentarische System – in politischer, wirtschaftlicher und weltanschaulicher Hinsicht – grundsätzlich bekämpften: das waren die Sturmtruppen des völkischen Gedankens, die Nationalsozialisten.

Der Nationalsozialismus erkannte, daß des deutschen Volkes Schicksal nicht durch Kompromisse, sondern durch Machtkämpfe entschieden werden würde. Eine starke politische Macht, einheitlich im allgemein-deutschen Sinne geleitet, rücksichtslos den Gemeinnutz vor Eigennutz setzend, vermochte allein mit den Übeln des Zeitalters aufzuräumen. Inmitten der großen Mächtegruppen des Erdballs kann es außen- und innenpolitisch nur eine starke nationale Zentralgewalt geben, will man überhaupt für Deutschland eine Stellung erstreben, die es wieder bündnisfähig für andere Staaten macht.

Diese Zentralgewalt soll Volksvertretungen sowohl als die dem organischen Leben entwachsenen Berufskammern als Berater erhalten, keinesfalls als Beherrscher, wie es der Parlamentarismus in roher Anbetung der Mehrheit fordert.

Mit dieser völkisch-politischen Gewalt hat aber eine wirtschaftliche-kulturelle Dezentralisation Hand in Hand zu gehen. Die rassischen und seelischen Verschiedenheiten im deutschen Volke fordern andere äußere Formen zur besten Auflösung ihrer Kräfte: Gewissensfreiheit auf religiösem Gebiet; freie Leitung der Schulen, Hochschulen und Akademien. Ein wahrer, kultureller Föderalismus ist nur dann wirklich möglich, wenn der ganze Staat nach außen eine einzige unwandelbare völkische machtpolitische Einheit bildet.

Hier lag der wahre Prüfstein für viele sich „föderalistisch" gebärdende Persönlichkeiten, Gruppen und Parteien. Die meisten von ihnen wollten gar keinen starken Nationalstaat, bekämpften ihn sogar offen als „reaktionär" oder als „Häresie" und bewiesen dadurch, daß es ihnen nicht um Deutschlands Größe, sondern um Deutschlands Schwächung, Zersetzung, Zerschlagung zu tun war, wie es unsere äußeren Todfeinde gleichfalls anstreben.

Für den volksbewußten Deutschen ist der Streit über Zentralismus und Föderalismus eine Frage zweiten Ranges gewesen, der durch den Führerstaat entschieden worden ist.

Mit der staatsfeindlichen Aufpeitschung des Kampfes um diese Grundsätze ging die hinterhältige Ausnützung der Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßigste Form der Reichsgewalt: auf der einen Seite standen die Republikaner, auf der anderen die Monarchisten. Der Nationalsozialismus erblickte auch in diesem Streit eine besonders damals gefährliche Kräftevergeudung und erklärte, daß, wie Klassen- und Konfessionskampf, so auch der Streit um die Staatsform keine Rolle im allgemeinen deutschen Befreiungskampf spielen dürfe. Denn auch die Staatsform ist nicht ein Zweck an sich, sondern ein Mittel zur Sicherung der Interessen und der Ehre des Volkes. Herr in Deutschland kann und darf nur diejenige Bewegung oder diejenige Persönlichkeit sein, welche das deutsche Volk aus einer Schmach zur Gesundung, zu Ehrbewußtsein und durch völkischen Willen zur Freiheit geführt hat. Wer das sein sollte, erschien vollkommen gleichgültig, die Leistung sollte auch hier ganz allein entscheiden. Und so ist es gekommen.

Wer des ganzen Volkes Wohl und Ehre über alles setzt, wird gegen jeden Zwiespaltsäer zu kämpfen haben. Über Klassen- und Konfessionskampf, über Standesdünkel und kurzsichtige Zwistigkeiten hinweg hat er mit Wort und tat für Ehr' und Recht zu streiten, die völkische Einheitsfront herstellen zu helfen, um dereinst die Feinde der deutschen Einheit unschädlich zu machen.

Aus diesen Erkenntnissen heraus lautet der letzte Grundsatz des Nationalsozialismus:

„Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Reichsgesetze in den einzelnen Bundesstaaten."

Schluß

Die heutige Zeit ist eine Epoche großer Schicksale. Aus klarer Erkenntnis und aus heißem Willen entstehen inmitten einer zusammenstürzenden Welt die Mächte der Zukunft. Sie entstehen naturnotwendig, im Kampf gegen alle die Kräfte, die unfähig waren, diesen Zusammenbruch zu verhindern, und gegen die, welche ihn unmittelbar herbeiführten.

Jeder neue, innerlich starke Gedanke tritt gesetzgebend in die Erscheinung. Aus neuer innerer Richtung heraus knüpft er an Lebendiges an, formt es um und stellt es als Ziel ins Getriebe der Welt. Entspricht dies Ziel dem Wesen des dunklen Suchens einer Zeit oder eines Volkes, so wird die Bewegung, welche für seine Erreichung kämpft, auf die Dauer von keiner Macht unterdrückt werden können. Der Glaube, daß die nationalsozialistische Bewegung die deutsche Freiheitserweckung darstellte, lebte unerschütterlich in einer großen Zahl deutscher Menschen, die bereit waren, für eine große Sache zu kämpfen und, wie es viele schon bewiesen haben, zu bluten und zu sterben.

Aber der Nationalsozialismus glaubt noch, daß seine Grundsätze und seine Weltanschauung – wenn auch mit individueller, verschiedenen völkischen Bedingungen angepaßter Kampfweise – weit über Deutschlands Grenzen hinaus richtunggebend sein werden für die unausbleiblichen Machtkämpfe in den andern Ländern Europas und Amerikas. Auch in ihnen muß sich eine Scheidung der Geister vollziehen und der völkische Kampf gegen den überall gleichartigen leihkapitalistischen und marxistischen Internationalismus aufgenommen werden. Der Nationalsozialismus glaubt, daß es einmal nach Beendigung des großen Ringens, nach dem Untergang des gegenwärtigen Zeitalters eine Epoche geben wird, da der deutsche Kampf wiederum ein Weltkampf geworden ist, selbst wenn die deutschen Nationalsozialisten nichts, gar nichts weiter leitete als die grenzenlose Liebe zum deutschen Volk und, daraus geboren, der grenzenlose Haß gegen seine Verderber…

Wenn aber im großen Kampf an Stelle des heutigen Mehrheitsgötzen der Persönlichkeitsgedanke treten soll, so muß er auch schon im kleinen verwirklicht werden. Der gewählte Führer soll und muß Führer sein. Das heißt, in dem Bereich der ihm gestellten Aufgabe hat der Gewählte auf eigene Verantwortung, unbeeinflußt durch lahmlegende Zwischenstimmen, volle Handlungs- und Bestimmungsfreiheit. So allein sind Leistung, Zielsicherheit und der Endsieg möglich.

Glaube und Pflichtbewußtsein soll alle Nationalsozialisten beherrschen und so den Führern die Erreichung des deutschen Zieles ermöglichen. Als Abschluß des Programms aber ist von den Gründern niedergelegt, versprochen und in vielen Prüfungsstunden auch bereits gehalten worden:

„Die Führer versprechen, wenn nötig unter Einsatz ihres eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten."

Das Ziel aber, das am Ende dieser Durchführung steht, heißt:

Großdeutschland!

